

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Carl Dreesen 4124-4125



Stellen für Druck und Fertigung:
Berlin G 2 01, Zelle-Mann-Platz 6
Druckmeister: Gopalan

Die Herstellung erfolgt im Carl-Dreesen-Druckwerk.
Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Abdruck ist ohne
Vertrag untersagt, wenn nicht anders vermerkt ist. Abdruck ist ohne
Zustimmung des Verlegers verboten.

Berlin, den 23. März 1932

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Wanderer ins Nichts !

SPD. Woche um Woche, Tag für Tag haben wir uns mit unseren Gegnern herumzuschlagen, sei es in Versammlungen, an den Stempelstellen, in den Betrieben, im Kontor oder selbst in unseren Häusern. Wir stehen im erbitterten Ringen gegen den schlimmsten Feind, der je der Erkenntnis, dem Fortschritt und der Arbeiterbewegung entgegenstand. Unsere Zeitungen, von der ersten bis zur letzten Zeile, hallen wieder von diesem Kampf um die Erhaltung alles dessen, was Sozialdemokratie und Gewerkschaften und Generationen in mühseliger Arbeit und mit ungezählten Opfern gebaut und errungen haben. Dürfen wir nicht die Atempause dieser Ostertage benützen, ein einziges mal von uns selbst zu sprechen?

Wir wissen, wie schwer der Weg ist und welche Mühen uns in diesen kommenden Wochen bevorstehen. Wir sind auch weit entfernt, elf Millionen nationalsozialistischer Stimmen zu unterschätzen; zuviel, dass wir die Hände in den Schoss legen, zu wenig aber auch, dass sie dem Häuptling der Braunen Häuser den Weg zum Sieg freimachen könnten. Wir jubilieren jedoch nicht, dazu ist keine Zeit. Aber eins wissen wir: wenn es am 13. März 1932 einen Sieger gegeben hat, so ist es der um die Sozialdemokratie und um die freien Gewerkschaften gruppierte Kern der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Seit zehn Jahren bereits heult der Schlachtruf durch die Lande: "Nieder mit dem Marxismus". Seit zehn Jahren wälzt sich gegen uns eine Flut von Schlam und Lüge und Bedrohung. Was in diesem Kampf um die Präsidentschaft der deutschen Republik gegen uns, gegen jeden Fortschritt und gegen jegliche Freiheit angespült und eingesetzt wurde, das war nicht nur die Reaktion eines Zeitausschnittes und einer Epoche, sondern eine Sammlung allen Moders und allen Stankes und aller Barbarei die es in Deutschland seit dem dreissigjährigen Krieg gegeben hat. Es ist, als hätten wir noch einmal mit allen finsternen Mächten von dreihundert Jahren zu ringen; mit Schatten, die besiegt zu haben der Ruhm und die Ehre der Besten unserer Väter und Vorkämpfer war, ist und allezeit sei wird.

Seit zehn Jahren tobt diese Schlacht und der 13. März war wieder einmal der Beweis unserer Stärke und unsrer Unbesiegbarkeit. Weil wir Hindenburg gewählt haben? Fragt einmal jene am Freitag vor der Wahl in bitterster Kälte und nach stundenlangem Wege im Berliner Lustgarten mit roten Bannern aufmarschierten 250 000 Arbeiter und Angestellten, Männer und Frauen! Alles nur, um für Hindenburg zu demonstrieren? Nein: um Hitler zu schlagen und mit ihm die Barbarei von dreihundert Jahren!

Hitler rühmte sich vor einigen Tagen, er habe am 13. März mehr Stimmen errungen als die Sozialdemokratie nach 40jähriger Tätigkeit zusammenbringen konnte. Armer Hitler! Wir werden ihn einmal in vier Jahren fragen, wo seine elf Millionen geblieben sind! Und das ist das Grosse der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie, dass wir geblieben sind, dass es in unseren Reihen auch nicht eine einzige Minute des Zauderns und des Schwankens gegeben hat; dass diese vielen Millionen sozialdemokratischer Wähler und Ar-

beiter den Sinn dieser Wahl und das ganze Gewicht ihres Stimmzettels klar erkannt und darnach gehandelt haben. Trotz allem Geschrei und aller Trommeln von links und von rechts, trotz Hunger, Not und Arbeitslosigkeit.

Hier liegt in Wahrheit jenes "Rätsel" der sozialistischen Arbeiterbewegung, das zu erkennen Hitler vergeblich Kopfschmerzen machen wird. Drüben die gedankenlosen und wahllos zusammengelaufenen Millionen von Menschen, deren soziale Basis unrettbar zertrümmert ist, weil der Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bis in die Grundfesten erschüttert ist. Es liegt uns fern jene Millionen Hitlerwähler zu beschimpfen. Jene armen Bauern, die verarmten Handwerker, jene enteigneten, entwurzelten und ins Proletariat gestossenen Söhne und Töchter, des ehemaligen Mittelstandes. Mitleid haben wir mit ihnen, ob ihres Hungers, ob ihrer verlorenen Existenz, ob ihres tragischen Geschickes ob ihres Wunderglaubens! ein Scharlatan wie Hitler könne helfen, weil er sich mit allen aus drei Jahrhunderten geklaubten und geklauten Zauberformeln und Wahrsagereien umhüllt. Hitler an die Macht: und was der Weltkrieg und die Weltkatastrophe des Kapitalismus vernichtet haben, sollen Zaubersprüche und ein Abrakadabra ungeschehen machen und wiederaufrichten. Bedauernswerte Menschen, arme Jugend! Werben, agitieren, trommeln, opfern sich, als ob die versunkene bürgerliche Macht und Herrlichkeit eines Tages durchs Brandenburger Tor zurückzubringen sei, Wanderer ins Nichts, denen ein Phantom Leben dünkt, denen die Schatten der Geschichte als rettende Zukunft erscheint.

In diesen Ostertagen hallt der Name Goethe durch alle Städte und durch alle Lande. Ob es die Satten waren oder die Schatten oder gar die nationalsozialistischen Ratten: alle haben sie Goethe gepriesen und seine Werke ausgebeutet. Keiner von ihnen hat die tiefe Wahrheit jenes "Stirb und Werde" erkannt ohne dass wir nach dem Weisen von Weimar nur trübe Gäste dieser Erde sind. Kar Marx hat dieser Lehre Goethes den materialistischen Inhalt gegeben und die Erkenntnis der sozialistischen Geschichtsauffassung: dass jede Gesellschaft wenn sie reif ist, sterben muss, um einer neueren besseren Ordnung Platz zu machen. Das Sterben sehen und fühlen die Wanderer ins Nichts. Das Werden und das neue Sein ist ihnen unfassbar. Wir aber, wir kämpfen. Nicht, weil wir annehmen, das Sterben der alten morschen Gesellschaft verhindern zu können oder gar zu wollen sondern um die Bahn frei zu machen für den Aufbau der neuen, der sozialistischen Welt!

Das ist unser Glaube an die Auferstehung. Darin liegt für uns das grosse Symbol dieser Ostertage und des jungen Frühlings. Das ist unsere Kraft und darin liegt die Unbezwingbarkeit unserer Idee. Deshalb stehen wir und deshalb werden wir siegen, weil mit der Ueberwindung der durch den Kapitalismus bedungenen materiellen und sozialen Not zugleich die Barbarei niedergezwungen und die Geburtsstunde sein wird für die Menschwerdung des Menschen.

SPD. Breslau, 23. März (Eig. Draht.)

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat am Mittwoch die nationalsozialistische "Schlesische Tageszeitung" auf die Dauer von 5 Tagen bis einschliesslich 28. März verboten. Anlass zu diesem Verbot gab ein vor wenigen Tagen veröffentlichter Aufruf, der schwere Beschimpfungen der Polizei enthielt. Gleichzeitig wurden wegen Beschimpfung des preussischen Innenministers und der Polizei die beiden nationalsozialistischen Wochenblätter "Schlesischer Beobachter", Breslau und "Deutsche Ostfront", Waldenburg auf die Dauer von 14 Tagen bis einschliesslich 6. April verboten.

+ + +
Der Berliner Polizeipräsident hat das Berliner Nazi-Blatt am Mittwoch auf fünf Tage verboten. Anlass zu dem Verbot gab ein vor wenigen Tagen in dem Blatt erschienener Aufruf Hitlers gegen die preussische Staatsregierung.

SPD. Die Kommunistische Partei hat die Parole ausgegeben, dass das Hauptaugenmerk aller Kommunisten auf China zu richten sei. Diese Parole ist schon in sich eine grandiose Heuchelei - denn die Sowjetregierung paktiert mit Japan. Sie ist lächerlich bis zum äussersten: wer jetzt deutschen Arbeitern empfiehlt, sich nicht um Deutschland, sondern in erster Linie um China zu kümmern, der dankt politisch ab.

Getreu dieser Parole erzählt nun die kommunistische Presse Rübergeschichten. Sie erzählt davon, dass im Zusammenhang mit der chinesischen Angelegenheit "Weissgardisten" zu einem Angriff auf die Sowjetunion rüsten. Es würden weissgardistische Regimenter gesammelt und gemustert in der Nordmandschurei, in Südslavien, in Polen, in der Tschechoslowakei und - in Deutschland.

Es werden allerdings weissgardistische Regimenter in Deutschland gesammelt. Zwar nicht die sagenhaften, nur in der orientalischen Phantasie der Sowjetjournalisten bestehenden Weissgardistenregimenter gegen die Sowjetunion, aber dafür wirkliche, bewaffnete Regimenter; nicht gegen die Sowjetunion, wohl aber gegen die deutsche Republik!

Um davon abzulenken, erzählt die KPD-Presse ihre traurigen Märchen. Die kommunistischen Arbeiter sollen nicht merken, dass diese weissgardistischen Regimenter nur darum auf Erfolg rechnen, weil sie der Bruderhilfe der KPD gegen die deutsche Republik sicher zusein glauben.

SPD. Kopenhagen, 23. März (Eig. Drahtb.)

Der Jahresbericht der dänischen Sozialdemokratie für das Jahr 1931 stellt fest, dass die Partei bei einer Gesamtbevölkerung des Landes von 3 Millionen Menschen 174 000 Mitglieder, darunter 59 000 Frauen, zählt.

Die dänischen Sozialdemokraten sind unter Führung Staunings seit drei Jahren massgebend an der Regierung beteiligt. Während nun aber im allgemeinen die Rekrutierungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie grösser sind, wenn die Partei in der Opposition steht, hat die dänische Sozialdemokratie in diesen drei Jahren einen Mitgliederzuwachs von rund 25 000 zu verzeichnen. Trotz der Wirtschaftskrise, die auch in Dänemark wütet, sind dort der sozialdemokratischen Partei im letzten Jahr 3.000 neue Mitglieder beigetreten.

SPD. Der zwischen dem Reich und dem braunschweigischen Nazi-Minister Klagges drohende Konflikt ist erledigt. Nazi-Klagges hat klein beigegeben.

Das Reichsministerium des Innern hatte die Braunschweigische Staatsregierung am Mittwoch mündlich und telegrafisch wissen lassen, dass die für Sonntag in Braunschweig beabsichtigte Kundgebung der Hitler-Jugend der Burgfrieden-Verordnung des Reichspräsidenten widerspricht und deshalb in dem geplanten Umfang unter allen Umständen untersagt werden muss. Klagges, der bis dahin den starken Mann mimte, hat das Reichsinnenministerium sofort dahin verständigt, dass er "durchaus legal" sei. Er liess zugleich erkennen, dass er bereit ist, einzulenken und die Sache nicht auf die Spitze zu treiben: Die geplante Veranstaltung sei eine Angelegenheit über deren Möglichkeit oder Unmöglichkeit er die Entscheidung bisher dem Polizeipräsidenten in Braunschweig überlassen habe. Dieser sei der Meinung, dass die Veranstaltung der Hitler-Jugend mit der Burgfrieden-Verordnung des Reichspräsidenten im Einklang stehe. Wenn das Reichsinnenministerium dennoch anderer Auffassung sei, möge es Herrn Klagges informieren.

Das Reichsinnenministerium hat daraufhin den Länder-Regierungen durch Polizeifunk nochmals eine eingehende Darstellung über die juristische Auslegung der Burgfrieden-Verordnung zugehen lassen und darin ausdrücklich betont, dass eine Demonstration, wie sie die Hitler-Jugend für Sonntag in Braunschweig plante, dieser Verordnung widerspricht. Nazi-Klagges erhielt zugleich

die Mitteilung, dass gegen eine nationalsozialistische Versammlung von etwa 60 Delegierten, wie es anfänglich geplant war und zu der weder die Presse noch an sich unbeteiligte Personen zugelassen werden, nichts einzuwenden sei. Dieser Mitteilung gemäss hat Klagges noch am Mittwoch den öffentlichen Kartenverkauf für die Nazi-Veranstaltung untersagt und erklärt, dass er die Tagung der Hitler-Jugend nur in dem vom Reichsministerium des Innern gebilligten Rahmen zulassen werde. Wahrscheinlich, weil er sich davon überzeugt hatte, dass die Reichsregierung entschlossen war, unter allen Umständen ihre Autorität zu wahren und weil die Veranstaltung, selbst wenn sie Klagges in dem geplanten Ausmass zugelassen hätte, auf Grund des Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung mit den erforderlichen Mitteln verhindert worden wäre.

Mit dem Verzicht auf die Hitler-Demonstration in Braunschweig hat Klagges innerhalb 24 Stunden zwei Niederlagen erlebt. Die erste bestand in der sofortigen Aufhebung des von Klagges auf vier Wochen verfügten Verbots des sozialdemokratischen "Volksfreund", das vom Reichsminister des Innern für unzulässig erklärt wurde. Ihr sind zahlreiche andere Desavouierungen durch den Reichsinnenminister voraufgegangen. Sie alle sind charakteristische Merkmale dafür, dass dort wo Nazis regieren Unruhe in das Volk getragen, das Wirtschaftsleben fortgesetzt gestört wird und der Willkür Tür und Tor geöffnet ist. Dass mit derartigen Mitteln Deutschland oder gar die Welt genesen kann, können nur Scharlatane glauben, die aus dem gleichen Holz geschnitzt sind, wie die, die sich anmassen möchten Deutschland mit der Dreckschleuder zu regieren.

SPD. Köln, 23. März (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Christlichen Gewerkschaften erklären in dem Geschäftsbericht ihres Bezirkskartells, "dass sie sich schärfstens gegen jene Kreise und Parteien wenden, die einem nationalistischen Ueberschwang frönen und mit ihrem nationalen Aushängeschild Zielstrebigungen verdecken, die Volk und Nation dem Chaos und die Arbeiterschaft neuer Knechtung entgegen führe. Die Christlichen Gewerkschaften lehnen den Nationalsozialismus schärfstens ab. Ein christlicher Gewerkschaftlicher kann nicht Mitglied der Nationalsozialisten sein, wie überhaupt die Mitgliedschaft bei jeder Umsturzpartei grundsätzlich unmöglich ist."

Auf den gleichen Ton war auch die Generalversammlung des Bezirkskartells der Christlichen Gewerkschaften Kölns gestimmt. Der Vorsitzende des Kartells erklärte u.a.: Der 13. März habe nicht zuletzt durch die entschlossene Haltung der westdeutschen Arbeiterschaft das Ziel politisch- und sozialreaktionärer Kreise scheitern lassen. Die christliche Arbeiterschaft sei willens, die Abrechnung am 10. April endgültig zu vollziehen, weil sie endlich die innere Ruhe wolle. In der Aussprache wurden diese Worte immer wieder unterstrichen. Wenn man schon von "Schlussmachen" spreche, dann solle man erfahren, dass die christliche Arbeiterschaft entschlossen sei, Schluss zu machen mit der verantwortlichen Volksverhetzung, mit der Sabotierung der sozialen Lebensrechte der deutschen Arbeiterschaft, mit dem Alpdruck, der durch die bewusste Krisensuggestion der Nazis auf Volk und Wirtschaft ruhe.

Von der Regierung des Reiches und der Länder wurde ein energisches Einschreiten gegen die offensichtliche Bürgerkriegsvorbereitung durch die kaser-nenmässig zusammengezogenen Sturmtruppen der Nationalsozialisten verlangt.

SPD. Die Aufstellung des Reichshaushaltsplanes für 1932 steht vor dem Abschluss. Man kann damit rechnen, dass der Etat für 1932 in Einnahmen und Ausgaben auf etwa 8,5 Milliarden balanzieren wird. Da der Reichshaushaltsplan für 1931 mit rund 9,3 Milliarden angesetzt war, hat das Reich für das neue Rechnungsjahr eine Senkung des Etats um rund eine Milliarde vorgenommen.

SPD. München, 23. März (Eig. Drahtb.)

Aus zuverlässigen Berichten, die von dem Beobachtungsdienst der Eisernen Front den zuständigen Stellen zugeleitet wurden, ergeben sich immer neue Beweise für die Mobilisierungspläne, die Hitlers Privatarmee für die Nacht zum 14. März auch in Bayern getroffen hatte.

In Nürnberg waren zahlreiche Lastautos mit verschlossenen Kisten aufgestellt. Ausserdem war ein Motorradfahrer-Relaisdienst eingerichtet. Die SA-Scharführer hatten an bestimmten Plätzen Tornister in grossen Mengen aufgestapelt, die heute noch dort liegen. Im benachbarten Gunzenhausen wurden einige 100 SA-Leute für den Marsch nach Berlin eigens vereidigt. Der militärische Leiter der Nürnberger SA hatte vorher in einer Versammlung offen zu den Sturmführern geäussert: Vielleicht schlagen wir heute Nacht los. Am Wahlsonntag musterte Reichstagsabgeordneter Stegmann auf einem Platz in Nürnberg 1 200 SA-Leute in Reih und Glied, ohne dass die Polizei etwas dagegen unternahm. Nach Treuchtlingen kamen am Wahlsonntag Hakenkreuzler aus der weiten Umgebung zu einer Siegesfeier, feldmarschmässig mit Tornistern, Schanzzeug und Proviant angerückt.

Auch aus schwäbischen Orten häufen sich die Nachrichten über ähnliche Bürgerkriegs-Vorbereitungen. In Nördlingen befanden sich am Wahlsonntag sämtliche SA-Leute in höchster Alarmbereitschaft. Bis Montag-Früh stand ein Omni-bus zu Truppentransportzwecken bereit. In der Günzburger Gegend hatten sich die Nazis auf den Hitler-Umschwung dadurch besonders vorbereitet, dass sie einen 14 tägigen Ausbildungskursus für Nazi-Gendarmen eingerichtet hatten, zu dem aus dem ganzen Bezirk Leute zusammengezogen waren. Ein Telegraphenarbeiter bei der Oberpostdirektion Augsburg verschaffte sich zur Teilnahme einen besonderen Urlaub. Die Exerzierstunden dieses Kurses wurden von Lehrern geleitet, was zeigt, dass gerade im Beamtenkörper des bayerisch-schwäbischen Regierungsbezirks die meisten rechtsradikalen Unruhestifter sitzen. Der Lehrer von Autenried besass die Unverschämtheit, das der Schule gehörende Hindenburg-Bild aus dem Rahmen zu schneiden, vor die Schule zu hängen und plakartartig mit der Unterschrift zu versehen: "Lasst doch dem alten Mann seine Ruhe".

In Augsburg wird sich Oberstadtamtman und Sühnerichter Dr. Frank wegen Beschmierens von Häusern mit Nazizeichen vor dem Richter zu verantworten haben. In Memmingen wurden bei einer polizeilichen Haussuchung in Nazi-Quartieren Waffen gefunden und beschlagnahmt. Auch in Immenstadt hatte sich die SA auf Abruf bereitgehalten und aus ihren Schlupfwinkeln Uniformen, Tornister, Schlag und Schiesszeug aller Art hervorgeholt. Erst am Morgen des 14. März wurde die Bürgerkriegsgarnitur wieder weggeräumt, als der Durchfall des Osaf das Tageslicht erblickte.

SPD. Paris, 23. März (Eig. Drahtb.)

Abgeordnete der gemässigten Parteien und der Rechtsparteien ersuchten den französischen Ministerpräsidenten am Mittwoch, die Termine für die Kammerwahl auf den 1. und 8. Mai festzusetzen. Die Regierung hat eine Entscheidung über die Termine bisher noch nicht getroffen.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat in einem Runderlass die Polizeibehörden zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17.3.1932 besonders auf folgende Punkte hingewiesen:

1. In der Zeit vom 20.3. bis zum 3.4.1932 mittags 12 Uhr sind öffentliche politische Versammlungen sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten.

2.) Für die Zeit des Osterfriedens ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten. Diese Bestimmung unterscheidet sich von der entsprechenden Bestimmung über den Weihnachtsfrieden dadurch, dass auch die sog. Hauspropaganda getroffen wird.

3.) Öffentliche politische Versammlungen sowie politische Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, die nach Ablauf der Osterfriedenszeit stattfinden sollen, dürfen bereits vom 1.4.1932 ab öffentlich angekündigt werden.

Ferner weist der Minister des Innern in dem gleichen Runderlass darauf hin, dass durch die Verordnung vom 17.3.1932 die entsprechenden Vorschriften der Ersten Notverordnung vom 28.3.1931 insofern eine Änderung erfahren haben, als in Zukunft alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts, ehe sie in irgendeiner Art öffentlich verbreitet werden, der zuständigen Polizeibehörde mindestens 24 Stunden vorher zur Kenntnisnahme vorzulegen sind. Nach den bisherigen Bestimmungen unterlagen der Vorlagepflicht nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhalts, die an oder auf öffentlichen Wegen, Strassen oder Plätzen angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten, dagegen nicht solche Plakate und Flugblätter, die auf andere Weise, insbesondere durch Hauspropaganda verbreitet werden sollten. Durch die Änderung der Bestimmungen wird die Vorlagepflicht also auch auf nur für die Hauspropaganda bestimmte Plakate und Flugblätter politischen Inhalts erstreckt. Demgemäss ist auch die polizeiliche Befugnis zur Beschlagnahme und Einziehung solcher Plakate und Flugblätter erweitert worden.

SPD. Paris, 23. März (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch sind in Paris Verhandlungen über die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz aufgenommen worden. Sie betreffen die Neuregelung verschiedener Zollsätze, das Kontingentierungsproblem und die Angelegenheit der Freizonen von Gex und Savoyen, deren Regelung dem Haager internationalen Gerichtshof übertragen ist.

SPD. Bukarest, 23. März (Eig. Drahtb.)

In Bukarest, wo die Studenten seit Montag wegen Verschärfung der Studienordnung streiken, kam es am Dienstag-Abend und am Mittwoch-Nachmittag zu blutigen Zusammenstössen zwischen Studenten und der Polizei. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte. Der Zustand mehrerer Gendarmen, die schwere Schädelbrüche erlitten, ist hoffnungslos.

Am Mittwoch-Nachmittag versuchten etwa 300 Studenten die Polizeipräfektur zu stürmen, um verhaftete Kollegen zu befreien. Die Studenten warfen Tränengasbomben; die Polizei antwortete mit gleichen Abwehrmitteln. Die Universität wurde inzwischen von dem Rektor gesperrt.

SPD. Die Reichsregierung hat am Mittwoch wegen der Auflösung des memelländischen Landtags bei der Regierung in Kowno und bei den Regierungen der Signatarmächte Vorstellungen erheben lassen.

Im Verlauf der Vorstellungen wurden die Signatarmächte an die grosse Verantwortung erinnert, die sie gegenüber den Zuständen im Memelland tragen und zwar insbesondere nach der Richtung, dass die Neuwahlen zum memelländischen Landtag ordnungsgemäss und unbeeinflusst durchgeführt werden können. Die deutsche Regierung hat die Signatarmächte ferner daran erinnern lassen, dass

schon die Einsetzung des neuen Direktoriums ungesetzlich war, weil sie nicht im Einvernehmen der Mehrheitsparteien des Landtags in Memel erfolgt ist. Aus diesem Grunde wünscht Deutschland, dass der Fall Böttcher vor dem Haager Schiedsgerichtshof geklärt wird. Schliesslich wurde im Verlauf der Vorstellungen noch darauf aufmerksam gemacht, dass die Signatarmächte kürzlich selbst in ihrer nach Kowno gerichteten Note angekündigt haben, dass eine etwaige Auflösung des Landtags in Memel nach Erteilung eines Misstrauensvotums an das Direktorium von ihnen als nicht vereinbar mit dem Memelstatut angesehen würde. Sie teilten zugleich mit, dass über diese Frage im gegebenen Falle ebenfalls der Haager Gerichtshof zu entscheiden haben würde. An diese Ankündigung hat die Reichsregierung die Signatarmächte ebenfalls am Mittwoch erinnern lassen.

SPD. Braunschweig, 23. März (Eig. Drahtb.)
Einem wüsten Naziterror, der für die heutigen Verhältnisse in Klaggestan bezeichnend ist, war die Einwohnerschaft des Arbeiterortes Kaierde bei Kreisen während eines ganzen Tages ausgesetzt. Ein durchkommender Nazimann will hier von Schulkindern mit Steinen beworfen worden sein. Er alarmierte sofort eine auswärtige SA-Abteilung in Stärke von 80 Mann, die eine regelrechte Abriegelung der Ortschaft vornahm und die Arbeiterhäuser belagerte. Besonders hatte man es auf die Wohnungen der sozialdemokratischen Funktionäre abgesehen. Die SA, die sich das Recht zu Haussuchungen anmasste, ging gewalttätig vor. Das zu spät kommende Landjägerkommando versuchte überhaupt nicht, sich gegen die Naziherden durchzusetzen, sondern untersuchte auf Anregung des SA-Führers die überfallenen Arbeiter auf Waffen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat das kommunistische Zentral-Organ wegen Beleidigung des preussischen Innenministers bis zum 30. März verboten. Die nationalsozialistische Zeitung "Rote Erde" in Bochum ist durch Verfügung des Oberpräsidenten in Münster vom 24. März bis einschliesslich 27. März verboten worden. Anlass zu dem Verbot gaben die in den Ausgaben vom 18. und 21. März veröffentlichten Erklärungen Adolf Hitlers zur preussischen Polizeiaktion gegen die NSDAP.

SPD. Braunschweig, 23. März (Eig. Drahtb.)
Die Deutsche Volkspartei, die in Braunschweig bisher jede Gesetzeswidrigkeit und jeden Verfassungsbruch der Naziregierung gedeckt hat, fängt an, Bedenken zu äussern. Der Landtagsabgeordnete Brandes, der volksparteiliche Führer im Lande Braunschweig, erklärte, dass er die Regierung Kuchenthal vor einer Klage beim Staatsgerichtshof wegen Aufhebung des Osterfriedens gewarnt habe. Statt sich einseitiger Parteiwünsche anzunehmen, hätte die Regierung die Klage den Nazis überlassen sollen. Sie liefe nur auf eine "Blosstellung des Landes" hinaus. Trotz dieser Kritik ist jedoch kaum anzunehmen, dass die Volkspartei weitere Blosstellungen nicht decken wird.

SPD. Dessau, 23. März (Eig. Drahtb.)
Die Anhaltische Staatsregierung hat den Wahltermin für die Neuwahlen des Landtages durch Notverordnung auf den 24. April festgesetzt. Anhalt wählt also mit Preussen, Bayern und Württemberg.

SPD. Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der dieser Tage in Bern in bedeutsamen Beratungen zur Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsplanung Stellung nahm, hat nach einem Bericht Leiparts über die Wirtschaftslage folgende Entschliessung angenommen:

Mehr als 25 Millionen Arbeitslose in der Welt sind der furchtbare Beweis für die Tatsache, dass der Kapitalismus nicht imstande ist, einen Ausweg aus der durch ihn verschuldeten Wirtschaftskrise zu finden.

Produktion und Umsatz sind in nie dagewesenem Masse zusammengeschrumpft. Kreditkrise und Währungsverfall haben die ZerreiSSung der weltwirtschaftlicher Bindungen beschleunigt. Zollkrieg herrscht anstelle der notwendigen handelspolitischen Abrüstung, Protektionismus in all seinen Formen verschärft das Tempo der Wirtschaftsdrosselung.

Die Anarchie des kapitalistischen Systems endete im Chaos der Krise, deren politische Begleiterscheinungen die Freiheit der Arbeiterklasse bedrohen.

Seit mehr als 10 Jahren hat der JGB die Forderungen aufgestellt und vertreten, deren Erfüllung die ungeheure Notlage der Welt verhindert hätte; in den wirtschaftspolitischen Richtlinien, zuletzt im Züricher Programm 1931, sind diese Forderungen klar formuliert.

Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt fordert der JGB, dass endlich die Folgerungen aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft gezogen werden und der Umbau der Wirtschaft erfolgt, ohne den es keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Im Vordergrund der sofortigen Massnahmen zur Krisenbekämpfung muss Arbeitsbeschaffung für das Millionenheer der Erwerbslosen stehen. Der JGB verlangt mit allem Nachdruck, dass die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht mehr für Rüstungszwecke und die Subventionierung fehlrationalisierter und bankrotte Wirtschaftsbetriebe verschleudert, sondern zur Finanzierung grosszügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gleichzeitig muss endlich die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, dass die vorhandene Arbeit in der Welt nicht mehr ausreicht, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Rationalisierung und Krise zwingen gebieterisch, die 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit in allen Betrieben und allen Ländern endlich gesetzlich durchzuführen.

Zugleich mit diesen unmittelbaren Massnahmen zur Linderung der Krise muss damit begonnen werden, die Wirtschaft umzubauen. Die letzten Jahre lassen eindeutig erkennen, dass die Entwicklung in der Welt zur Formierung grosser in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten führt. Besonders dringlich ist die Aufgabe, Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren, unbeschadet ob und wann andere Teile der Welt sich zu planmässiger Wirtschaftsführung zusammenfinden.

Diese grossen Wirtschaftsgebiete dürfen nicht zu neuen Hochburgen für den Monopolkapitalismus werden. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sie mit ihrem ganzen Einfluss zu Planfeldern geregelter Produktion unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung zu gestalten. Mit der Umformung der Gesamtwirtschaft, die das Gefüge der Welt neu entwickelt, muss daher die Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens parallel gehen.

Der JGB wiederholt eindringlich die wichtigsten internationalen Forderungen des Tages: Planmässige Rohstoffgewinnung = planmässige Güterverteilung - Planwirtschaft im Kreditwesen durch Vereinheitlichung des Notenbankwesens - Regelung des Geldwesens durch Schaffung einer einheitlichen internationalen Währung - schärfste Aufsicht über Banken und Börsen durch demokratische Kontrollämter - Brechung der kapitalistischen Monopolgewalten durch schärfste Monopolkontrolle.

Mehr als je ist es heute die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, diese unbedingt notwendigen Forderungen im Interesse der internationalen Gesamtlösung solidarisch und ohne Rücksichtnahme auf die zeitweisen engeren Interessen eines einzelnen Landes mit allem Nachdruck zu verfechten.

Osterartikel.

Fest der Befreiung.

SPD. Durch Notverordnung ist der Lärm des politischen Tageskampfes in den "Osterfrieden" gebannt worden. Nur in den Gazetten darf noch um politische Dinge gerungen und das Feuer für kommende Zeiten wach gehalten werden. Nur in "geschlossenen" Konferenzen ist erlaubt, sich zu erinnern, dass wir eigentlich mitten im Kampfe um die Macht im Staate stehen, und dass in wenigen Wochen Entscheidungen fallen sollen, die für viele Jahre das Schicksal unsres Landes bestimmen.

Der Osterfriede, selbst in notverordneter Form, ist für alle, die mitten im politischen Kleinkrieg standen, sicher eine persönlich willkommene Ruhepause. Wer wochenlang von Versammlung zu Versammlung geeilt, wer als Organisator oder Redner Tag und Nacht angespannt gewesen und wer als Reisiger der Eisernen Front in dieser endlosen Reihe der Kundgebungen seinen Mann gestanden, der wird die Atempause begrüßen, gleichviel unter welchem Namen sie sich ihm bietet. Umso stärker und gekräftigter kann er und wird er in den Kampf wieder eintreten, sobald der "Waffenstillstand" beendet ist.

Als die alte christliche Kirche das heidnische Naturfest des Frühlingserwachens übernahm und mit dem christlichen Sagenkranz umwob, da füllte sie, um mit den Worten der Bibel zu sprechen, nur neuen Wein in alte Schläuche. Der Sinn dieser Feier ist trotzdem der Gleiche geblieben: Nach langer Winternacht sprengen die jungen Keime die Bande, die sie fesselten, und dringen stürmisch ans Licht der Sonne. Mit Urgewalt brechen die schlummernden Kräfte sich Bahn, um ein neues Reich in grünender blühender Schönheit zu errichten.

So mag der verordnete Osterfriede auch uns erinnern, dass es Zeit ist; aus der Verdunkelung und Vernebelung politischen Denkens die Bahn frei zu machen für ein freudvolleres Wachsen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Lange genug und schwer genug lastet die erdrückende Wolke der Wirtschaftskrise auf den Gemütern. Und lange genug zog der faschistische Wechselbalg seine Kräfte aus der Not, die im Gefolge der Krise durch die Lande schlich. Die Geistesverwirrung, die man als Hitlerpsychose bezeichnet, hat Unheil genug angerichtet. Am 13. März pochte wieder einmal die Vernunft an die Pforten. Am 10. April wird sie sich die Tore öffnen und am 24. des gleichen Monats vollenden, was noch fehlte. Das Fest der Befreiung aus geistiger Wirrnis und wirtschaftlicher Hoffnungslosigkeit muss dem christlichen Osterfeste auf dem Fusse folgen. Das ist der Frühlingsglaube, der die Massen des arbeitenden Volkes mit neuem Schwung und eisernem Willen beseelt!

Zwar wird der alte Winter des politischen Unverstands nicht allsogleich verschwinden. Noch findet er immer, um mit dem heuer so oft zitierten Goethe zu sprechen, die grauen Berge, von denen aus er noch Graupeln und "Schauer körnigen Eises" über die Lande senden kann. Noch hat er in Braunschweig einen Zufluchtsort, wo er kleine Bosheiten und grobe Willkür an Gesetzesstatt darbieten mag. Aber seine Kraft ist im Schwinden, seit ihm der feste Wall der organisierten Arbeiterklasse am 13. März zum ersten Male ein Halt gebot. Jetzt gilt es nachzustossen, durchzudringen, das Werk zu vollenden, das so kraftvoll begonnen worden ist!

Die Hoffnung ist nicht von ungefähr, dass sich die Zusammenfassung demokratischer Kraft im Wahlkampf auch wirtschaftlich zum Segen gestalten. Meldungen, die zu uns kamen, berichten von dem Wiedererwachen des Vertrauens im Auslande. Kühl und ziffernmässig drückt sich das aus in günstigen Anleiheverhandlungen, in Zinssenkungen für schon gewährte Anleihen, kurz in wirtschaftlichen Massnahmen, die allein auf dem wachsenden Vertrauen zur Selbstbehauptung des deutschen Volkes beruhen.

Dieses Vertrauen wieder hergestellt zu haben ist ein geschichtliches

Verdienst vor allem der Sozialdemokratischen Partei und der grossen Organisationen der Arbeiterschaft. Sie, die sich in der Eisernen Front mit dem freigesinnten Bürgertum zusammenballten, bildeten den Wall, an dem die Woge des Faschismus sich brechen musste. Die politische Aufklärung der geschulten Arbeitermassen gab den Rückhalt für die Schwankenden und Zagenden, die dem Siegesgebrüll der Landsknechte des Hakenkreuzes fast erlegen waren. An der Selbstdisziplin und dem Selbstvertrauen sozialdemokratischer Massen wird auch jeder neue Ansturm der faschistischen Ideologie wirkungslos zerschellen.

Das ist eine Tatsache, die wir in diesen Tagen christlicher Feiern laut herausstellen dürfen. Die andere aber ist die, dass auch der "Osterfriede" die Sozialdemokratie nicht schlummernd findet wie jene Jünger im Garten von Gethsemane. Die Sozialdemokratie und alle mit ihr verbundenen Organisationen der Eisernen Front stehen wach und bereit, dem ersten Stosse die weiteren folgen zu lassen. Der erbitterteste Kampf wird erst kommen: Es geht um das Bollwerk des politischen Fortschritts in Deutschland - es geht um Preussen und um die Landtagswahlen, die gleichzeitig mit den preussischen dem faschistischen Spuk ein Ziel setzen sollen!

Der Psychose stellen wir die Erkenntnis gegenüber, dem Haberfeldtreiben politischer Abenteurer das ernste in Jahrzehnten gereifte Wollen! An diesem werden auch die Narreteien politischer Wirrköpfe zersplittern. Der Sieg der politischen Vernunft wird damit ein Fest der politischen Befreiung von Unvernunft und Gewalt, einen neuen Frühling im Reich und in den Ländern einleiten! Vorwärts! Drauf und durch!

Franz Klühs.

SPD. London, 23. März (Eig. Drahtb.)

Der Minister für die Dominien, Thomas, hatte am Mittwoch mit dem König eine Audienz. Später berichtete er in einer Kabinettsitzung über die Lage, die durch Irlands beabsichtigte Ablehnung des Treueids geschaffen wird. In der irischen Note wird diese Ablehnung damit begründet, dass das irische Volk durch den Ausgang der Wahlen den Treueid abgelehnt habe. Dieser Treueid sei ein Teil der irischen Verfassung, die von Irland allein abgeändert werden könne. Der Treueid sei nicht als ein Teil des englo-irischen Vertrags anzusehen. Die englische Regierung teilt diese Auffassung nicht und ist der Meinung, dass der Eid als eine vertraglich vereinbarte Bestimmung nur auf vertraglichem Wege abgeschafft oder modifiziert werden kann. Im Unterhaus erklärte Minister Thomas zu dieser Frage: "Wir senden der irischen Regierung eine Note, die unseren Standpunkt über jeden Zweifel hinaus klarmachen wird." Ueber die Landannuitäten liegt der englischen Regierung keine offizielle Mitteilung von Irland aus vor. Die nächste Rate wird erst im Juni fällig. Aber auch in dieser Frage betrachtet sich die englische Regierung nicht weniger als in der Frage des Eides vertraglich gebunden.

Aber selbst wenn der Treueid der Parlamentsmitglieder in Irland, als er 1921 in den englo-irischen aufgenommen wurde, eine vertragsmässige Vereinbarung des Staates war, so hat doch das Statut von Westminster, das im letzten Jahr vom englischen Parlament ratifiziert wurde, die Lage völlig verändert. Es räumt den Dominions das theoretische Recht zur völligen Unabhängigkeit vom Mutterlande ein. Irland kann in dieser Beziehung nicht schlechter gestellt werden wie andere Dominions. Um derartige verfassungsrechtliche Streitfragen zwischen Mitgliedern des britischen Staatenbundes zu schlichten, hat die letzte Empire-Konferenz besondere, von Fall zu Fall einzusetzende Gerichtshöfe vorgesehen, die schiedsgerichtlich entscheiden sollen. Es ist zu erwarten, dass die konservative Regierung auf diese Lösung hinsteuern wird, mit der sich vermutlich auch Irland einverstanden erklären wird.

Aus aller Welt

Junkers.

Von der Flugmaschine bis zum Badeofen.

SPD. Das neueste Tagesgespräch: die Zahlungseinstellung der Firma Junkers. Der Name ist dem ganzen Volk geläufig, besonders seit dem Kriege; jedes Kind kennt die silbernen Vögel: Verkehrsflugzeuge, die zu einem grossen Teil aus der Dessauer Fabrik stammen. Die Flugzeugfabrik ist daher auch das bekannteste Glied dieser grossen von Professor Junkers geschaffenen Werkstätten, die besonders in ihrer Heimat, dem malerischen Dessau, einen überragenden Platz im Wirtschaftsleben einnehmen.

Schon im Jahre 1907 hat Junkers eines der wesentlichsten Patente des Flugzeugbaus, das Patent für das "Nurflügelflugzeug", bekommen: heute, nach 25 Jahren, ist die technische Entwicklung des Flugzeugbaus endlich soweit, die damaligen Projekte in die Tat umsetzen zu können. Aber Junkers hat auch den Weg gewiesen von den Anfängen des Flugzeugbaus bis zu den heutigen Leistungen; er hat während des Krieges das erste Ganzmetallflugzeug, den ersten verstreben- und verspannungslosen Eindecker gebaut, wie sie heute von fast allen Flugzeugfirmen der Welt hergestellt werden.

Dank seiner grossen Möglichkeiten hat das Dessauer Flugzeugwerk bahnbrechende Arbeiten auch in Einzelbauten verwirklicht. Hier ist an das Grossfrachtflugzeug zu erinnern, das aus der erfolgreichen Bremen-Type entstanden ist, der ersten Bezwingerin des Atlantiks von Ost nach West unter Köhl, Hünefeld und Fitzmaurice; an das Höhenflugzeug, mit dem der Pilot Neuendorf 1929 den Welt Höhenrekord eroberte; an das Neueste und grösste Landflugzeug der Welt überhaupt, die G 38. Die Erforschung der Stratosphäre durch eine speziell dafür gebaute Maschine, die uns gleichzeitig einen neuen Geschwindigkeitsrekord bringen soll, steht noch auf dem Programm, ist aber sicher keine blosser Utopie mehr.

Hugo Junkers griff auch tatkräftig bei der Errichtung des Luftverkehrs zu und schuf als einer der ersten regelmässige Luftlinien in Persien, Hinterindien, Siam, China und Russland. Auch in Südamerika konnte er Fuss fassen gegenüber den dort fast allmächtigen französischen Gesellschaften; ebenso in Zentralamerika; alle seine Linien werden mit wenigen Ausnahmen von seinen eigenen Maschinen bedient, die damit seinem Werk wieder zu Absatz verhelfen.

Die Junkers-Maschinen sind vielfach mit eigenen Flugmotoren ausgerüstet, die Junkers von Anfang an selbst herstellte; die verschiedenen Typen haben sich so gut bewährt, dass im Ausland mehrfach Lizenzen davon verkauft werden konnten. Seit Jahren ist Junkers auf dem Motorenbau vor allem damit beschäftigt, einen brauchbaren Dieselflugmotor zu bauen, der die grosse Gefahr des leicht brennbaren Benzins ausschalten und dank seiner Sparsamkeit die Wirtschaftlichkeit des Flugbetriebes erhöhen soll. 1931 wurde das erste Grossflugzeug mit einem Junkers-Diesel ausgerüstet, dem Juno 4, der sich bis jetzt ausgezeichnet bewährt hat.

Weitere Dessauer Junkers-Fabriken ergänzen das Fabrikationsprogramm. Eine Grosse Spezialfabrik für Wärmegeräte stellt beispielsweise Gaskocher, Gasherde, Gasbadeöfen und alle sonstigen Geräte her, die der Erwärmung von Räumen und Kesseln dienen. Auch Wärmemessgeräte und Reguliereinrichtungen für die gesamte Thermotechnik werden in grossem Umfang hergestellt. Ein anderes industrielles Betätigungsfeld liegt im Bau von Wasserwirbelbremsen, die zur Eichung und

zur Belastungsprobe für alle Arten von Kraftmaschinen Verwendung finden.

Alle diese Werkstätten umfassen heute einen Stamm von über 3000 Spezialarbeitern, die bis in die letzte Zeit durchgehalten werden konnten. Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass die eingetretenen Schwierigkeiten nach Beseitigung einer Reihe personalpolitischer Missgriffe in kürzester Zeit behoben werden, um das umfangreiche und wertvolle Werk in seinem ganzen Ausmass am Leben zu halten.

- eudi -

+ + +
Missbrauch. Was die "offiziösen" Goethe=Verehrer in Weimar gutgemacht haben, verderben, wie uns vor dort berichtet wird, die spiessbürgerlichen. Fast jedes Geschäft der Stadt, es mag nun Schuhe, Korsetts, elektrische Bedarfsartikel oder Seife feilhalten, hat eine Goethe=Büste im Schaufenster. Es gibt selbst elektrische Goethe=Tischlampen, Goethe=Gartenhäuser aus Pappe mit Pralinen gefüllt, Goethes sämtliche Werke aus Marzipan usw. Der Mann, der die "Gretchen-Zöpfe - täglich mehrmals frisch!" verkauft, ist kein anderer als jener "Hofbäcker" Arno Schmidt, der seinerzeit bei Gelegenheit des Domela=Schwindels so unruhlich bekannt wurde, weil er dem falschen Prinzen Harry Domela mit besonderer Devotion seine Reverenz gemacht hatte. Jetzt macht er sich dadurch lächerlich, dass er in Zeitungsinserten die Lage seiner Hofbäckerrei folgendermassen bezeichnet: "Gegenüber vom Nachbar Goethe, Frauenplan 10".

Die Weimarer Feiern nehmen ihren Fortgang. Das Ensemble des Wiener Burgtheaters brachte "Torquato Tasso" zur Darstellung; es folgt ein Dresdener Gastspiel der "Natürlichen Tochter"; ein Münchener Gastspiel der "Iphigenie"; ein Stuttgarter des "Clavigo". Ausländische Goethe=Forscher hielten Vorträge: Professor Robertson=London; Henry Lichtenberger von der Pariser Sorbonne; Frederic Bök aus Stockholm; Professor Wukabilovic aus Warschau.

+ + +
Osterdramen. In Anklam erschoss sich ein 18=jähriger Unterprimaner, weil er nicht versetzt wurde. In Hamburg schied ein 20=jähriger junger Mann auf die gleiche Weise aus dem Leben, obwohl er die Reifeprüfung bestand; Grund des Freitods: Schwermut infolge Ueberarbeitung.

+ + +
Die schlesische Grippe. Die Grippe=Epidemie in Schlesien hat sich weiter ausgebreitet. Besonders in den Städten Brieg, Grünberg und Reichenbach (Rulengebirge) sind zahlreiche Bewohner, vor allem auch Schulkinder, erkrankt.

+ + +
Ski=Unfall Schreibers. Der preussische Handelsminister Fr. Schreiber zog sich beim Skilauf im Riesengebirge eine Sehnenzerrung zu; Dr. Schreiber muss einige Tage das Bett hüten.

+ + +
Mord in Köln. Im Kölber Stadtwald wurde eine Frau Brangs aus Kerpen mit einem Schuss in den Rücken ermordet aufgefunden. Frau Brangs war am Freitag durch den Brief eines Mannes, zu dem sie vermutlich Beziehungen unterhielt, zu einer Reise nach Amsterdam aufgefordert worden. Vor Antritt der Reise hob Frau Brangs vom Sparkassenkonto ihres Mannes 2 000 Mark ab. Da dieses Geld bei der Leiche nicht gefunden wurde, vermutet man einen Raubmord. Der Name des Amsterdamer Bekannten ist der Polizei nicht bekannt.

+ + +
Bauunglück in Paris. Bei Ausschachtungsarbeiten für eine Kanalisationsanlage im Pariser Vorort Bondy wurden zwei Arbeiter durch den Einsturz einer Grabenwand verschüttet. Der eine der Arbeiter verunglückte tödlich, der andere erlitt schwere Verletzungen. Mehrere Arbeiter erkrankten an Vergiftungsscheinungen, da durch den Einsturz der Wand eine Gasleitung aufgerissen worden war.



Kampfruf aus Bern.

Leiparts Rede auf der Tagung des JGB.

SPD. Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm dieser Tage in Bern erneut zu dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Weltkrise Stellung. Die Berner Beratungen fanden in der deutschen Presse, soweit man sieht, nicht die Beachtung, die sie verdienen. In Deutschland muss man sich mit Hitlers Vorbereitungen zum Bürgerkrieg und seinem ewigen Klamauk in Braunschweig befassen. Da bleibt nicht genügend Zeit, um den Anstrengungen der Gewerkschaft internationale im Kampf um Arbeit und Brot einige Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei wächst die Not, die die Wirtschaftskrise über die Welt gebracht hat, allmählich ins Gigantische. In allen Ländern sind ganze Gruppen von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschaltet worden, Hunderttausende, ja Millionen hungernder und darbender Menschen werden von den amtlichen Statistiken nicht oder nicht mehr gezählt, und trotzdem ist die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen im Zeitraum eines Jahres von 20 auf 25 Millionen angewachsen. Noch immer blutet die Wunde der Reparationen. Der Faschismus und die Sozialreaktion machen sich überall breit und nirgends zeigen sich in der zusammengebrochenen Wirtschaft Selbstheilungskräfte.

Angesichts dieses erschütternden Tatbestandes rief Leipart, der Führer der freien Gewerkschaften Deutschlands, auf der Ausschusstagung in Bern aus: Muss die Menschheit tatenlos zusehen, wie sich die Produktion von Monat zu Monat verringert, wie der Handel einschrumpft, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen? Sind wir diesem Wirtschaftssystem wehrlos preisgegeben? Sind die Gesetze der Wirtschaft stärker als der Wille des Menschen? Oder gibt es Möglichkeiten, den Schrumpfungsprozess zu überwinden, in dem die Wirtschaft sich verfangen hat? Ist es wirklich unabänderliches Gesetz, dass die Wirtschaft den Menschen beherrscht, oder kann der Mensch vermöge seines Willens und seiner Kraft die Wirtschaft lenken? Diese Fragen sind für die Gewerkschaften so bedeutungsvoll, weil es die Arbeitnehmerschaft ist, die am schwersten durch die Wirtschaftskatastrophe betroffen wird, und deshalb haben wir die Pflicht, die Wege aufzuspüren, die aus dem Dunkel der Weltkrise führen.

Das Wirtschaftsprogramm des JGB, betonte Leipart, fordert "die volle Durchführung der Stabilisierung der Währungen als Voraussetzung der Gesundung der nationalen und internationalen Wirtschaft". Seit der Vertrauenskrise des letzten Sommers haben jedoch bereits mehr als 20 Länder - in der Mehrzahl dem Beispiel Englands folgend - die Verpflichtung aufgehoben, ihre Noten in Gold einzulösen, mit der Folge, dass bei fast allen eine Entwertung ihrer Währung eingetreten ist. Wir müssen die uns angeschlossenen Landeszentralen mit aller Eindringlichkeit an die Stellung des Wirtschaftsprogramms des JGB zur Währungsfrage erinnern.

Unsere grösste Sorge gilt selbstverständlich den Arbeitslosen. In Madrid haben wir auf der Ausschusssitzung die 40-Stundenwoche verlangt. Jetzt müssen wir vielleicht die Stundenhöchstzahl noch weiter herabsetzen. Die Unternehmer sträuben sich immer noch gegen die 40-Stundenwoche, weil sie nicht auf die Möglichkeit verzichten wollen, bei günstigerer Konjunktur die Arbeitszeit wieder zu verlängern, obwohl es offenkundig ist, dass auch in besseren Zeiten längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als 40-stün-

diger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können. Soweit man sieht, ist nur in der Tschechoslowakei infolge der Bemühungen des dortigen sozialdemokratischen Arbeitsministers ein Gesetzentwurf zur Verkürzung der Arbeitszeit eingebracht worden, aber auch das Schicksal dieses Entwurfs ist noch ungewiss. - Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet noch keine unmittelbare Belebung der Wirtschaft. Neue Arbeit muss geschaffen werden. Wir begrüßen deshalb lebhaft den vom Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas entwickelten Plan, auf internationalem Wege zu einem grossen Arbeitsbeschaffungsprogramm zu gelangen. Bitter enttäuscht aber müssen wir feststellen, dass Kleinmut und Verzagtheit, vielleicht auch die gegenseitige Konkurrenz der Nationen die weitere Verfolgung des Planes gefährden. Die Finanzierung des Plans von Albert Thomas ist - wir leugnen das nicht - ein schweres Stück Arbeit. Aus diesem Grunde haben wir uns bemüht, unsererseits Vorschläge zur Beschaffung des Kapitals für die Durchführung des internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms vorzubereiten. Jouhaux hat mit seinen Freunden einen Plan ausgearbeitet, wonach die Notenbanken derjenigen europäischen Länder, die einen Goldüberschuss besitzen, verpflichtet werden, einen Teil dieses Überschusses zum Zwecke einer Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung zu stellen. Ein weitergehender Plan, der die aktive Mitwirkung auch der übrigen Länder vorsieht, die keinen Goldüberschuss aufweisen, ist von einigen Sachverständigen im Auftrage des JGB-Vorstandes ausgearbeitet worden. Einzelheiten über die von uns beratenen Pläne schon jetzt mitzuteilen, ist unzweckmässig. Ich richte aber an alle Landeszentralen die Aufforderung, unsere Arbeiten dadurch zu unterstützen, dass sie immer wieder von ihren Regierungen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern, dass sie unablässig auf die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes hinweisen und die rege Mitarbeit ihrer Regierungen vor allem in der Frage der Finanzierung fordern.

Aus eigener Kraft kann das kapitalistische System diese Krise nicht mehr überwinden. Sein Automatismus hat versagt. Seine Selbstheilungskräfte sind unwirksam geworden. Nur eine planmässige Bewirtschaftung der produktiven Kräfte wird die Krise überwinden. Bei dem Kampf nach einem Ausweg aus der Krise haben wir mit immer stärker werdendem Widerstand der sozialen Reaktion sowie der nationalistischen und faschistischen Kreise zu rechnen; denn diese wollen ja die Krise dazu benutzen, um das Befreiungswerk der Arbeiterklasse ein für allemal unmöglich zu machen. Gefährlich und bedenklich sind auch die Versuche der Politiker, die Wirtschaft ihren politischen Zielen dienstbar zu machen. Daher richte ich an die Politiker die dringende Mahnung: zerstört nicht die Grundlagen des Wohlstandes eurer Völker, indem ihr versucht, ihnen auf dem Wege politischer Machtentfaltung Vorteile zu erringen, die sie letzten Endes mit schweren wirtschaftlichen Nachteilen bezahlen müssen. An alle verantwortlichen Leiter der Politik, die trotz einer erstaunlichen Reisetätigkeit und persönlicher Fühlungnahme und freundlichen Reden nicht einmal eine Abschwächung der Wirtschaftskrise erreichten, richten wir mit den Worten des Baseler Sonderausschusses den Appell, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen, um eine Besserung der Krise herbeizuführen, die gleichermaßen auf allen lastet. Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen.

SPD. Die Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hat mehrere nationalsozialistische Mitglieder, die die Parole des Verbandsvorsitzenden Bechly für die Wiederwahl des Reichspräsidenten Hindenburg bekämpft haben, nunmehr ausgeschlossen, so z.B. das Hamburger Bürgerschaftsmitglied Friedrich Stanik. Auch erfolgten Austritte von Nazis aus dem DHV.

Der DHV hat sich durch sein Liebäugeln mit der NSDAP eine Laus in den Pelz gesetzt. Sie wieder loszubekommen, wird ihn noch allerhand Arbeit kosten.

SPD. Die freien Gewerkschaften sind Kampforganisationen, Ihre vornehmste Aufgabe ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern. Daneben aber waren sie schon von ihrer Entstehung an bestrebt, in Form von Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, in Sterbefällen und dergleichen die gegenseitige solidarische Hilfe der Mitglieder zu pflegen. Welch' gewaltige Leistungen diese Solidarität in der Krisennot der Gegenwart aufzuweisen hat, lassen einige Zahlen erkennen, die der Deutsche Baugewerksbund mitteilt.

Die Bauarbeiter sind seit dem Winter 1928/29 ständig in hohem Grade arbeitslos. Die Hauptkasse des Baugewerksbundes hat in den drei Krisenjahren 1929, 1930 und 1931 rund 32 193 000 RM Unterstützung an erwerbslose Mitglieder gezahlt. Dazu kommen noch an Unterstützung für invalide Mitglieder, die eine ständige monatliche Unterstützung erhalten, 2710 676 RM, an Unterstützung in Sterbefällen 1873 985 RM und an Hilfe für wandernde Mitglieder 206 128 RM. Das sind insgesamt rund 37 Millionen Mark, die durch gewerkschaftliche Solidarität den in Not geratenen Mitgliedern des Baugewerksbundes zugeflossen sind.

Bei einer Mitgliederzahl von rund 460 000, wie sie der Baugewerksbund im Durchschnitt dieser 3 Jahre hatte, ist das ein gewaltiges Beispiel hochentwickelten Gemeinschaftsgeistes und gegenseitiger Verbundenheit. Und wenn dadurch auch nicht alle Sorge hat verscheucht werden können, so ist doch manche Not gemildert worden. Die Gegner aber, die die Gewerkschaften dauernd schmähen und sie sogar für das Versagen der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich machen möchten, sollten auch einmal darüber nachdenken, welche soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung die Tatsache hat, dass eine einzige Organisation, die nur etwa 10 % der freien Gewerkschaften umfasst, die Kaufkraft ihrer notleidenden Mitglieder in drei Krisenjahren um 37 Millionen RM stärken konnte.

SPD. Die Marinewerft Wilhelmshaven hat einen Klempner aus ihrem Betrieb entlassen, weil er Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe ist. Die Werftleitung ist der Auffassung, dass die JAH eine Unterorganisation der Kommunistischen Partei ist. Der Klempner habe sich also "staatsfeindlich" betätigt. Das Arbeitsgericht Wilhelmshaven, vor dem der Klempner klagte, trat der Auffassung der Werftleitung bei, und die Klage des Klempners auf Wiedereinstellung wurde daher kostenpflichtig abgewiesen.

Der Gerichtsvorsitzende hatte dem Kläger die Frage gestellt, was die JAH denn machen würde, wenn Heer und Marine einmal gegen bestimmte Kreise des Volkes eingesetzt würden. Der Klempner antwortete darauf, dass die JAH sich dann gegen Heer und Marine einstellen müsste. Das war für das Gericht genuf Beweis für die Staatsgefährlichkeit der IAH.-

Kommunisten werden also auf den Marinewerften nicht geduldet. Nationalsozialisten werden geduldet; denn bei Marine und Heer sind bestimmte Kreise fest davon überzeugt, dass Heer und Marine niemals gegen bestimmte Kreise des Volkes eingesetzt zu werden brauchen.

SPD. Das Weissblechwerk der Vereinigten Stahlwerke Wissen an der Sieg, das im Laufe der letzten Monate gegen 1000 Arbeiter entlassen hat, beabsichtigt, in den nächsten Tagen 300 Arbeiter wieder einzustellen, da grössere Auslandsaufträge hereingenommen werden konnten. Nach den Neueinstellungen ist das Werk mit 1 600 Mann beschäftigt.

Das Landesarbeitsamt Rheinland meldet einen Rückgang der Arbeitslosenziffer um 4 620 auf 754 225.

Wirtschaft Technik Handel

Widerstandsfähige Preussag.

Um das Schicksal der Betriebe in Ostpreussen und im Harz.

SPD. Die Preussische Bergwerks- und Hütten A.G. (Preussag), in der der preussische Staat einen Teil seiner Bergwerks- und seine Erz-, Hütten- und Bernsteinbetriebe zusammenfasst, hat im verflossenen Jahr unter der Wucht der Krise gelitten. Das Unternehmen erzielte im vorigen Jahre noch einen Reingewinn von 5,556 Millionen Mark, aus dem eine Dividende von 4 Prozent gezahlt werden konnte. In diesem Jahr ergibt sich ein Verlust in Höhe von 825 000 Mark.

Wenn man schon die Frage aufwirft, ob das staatliche Unternehmen schlechter oder besser gearbeitet hat als ein privater Betrieb, so muss festgestellt werden, dass es besser als unzählige Privatbetriebe gearbeitet hat. Dabei muss man folgendes berücksichtigen: Die normalen Abschreibungen betragen für das verflossene Jahr 7,58 Millionen Mark gegenüber 7,95 Millionen Mark im Vorjahr. Diese Abschreibungen sind bis auf den Rest von 825 000 Mark verdient worden. Neben den laufenden Abschreibungen waren aber andere Abschreibungen aufzubringen, die mit der Stilllegung von Betrieben und der durch die Auswirkung der Notverordnungen erforderlich gewordenen einmaligen Sonderabschreibungen auf Materialien, Produkten usw. zusammenhängen. Die erforderlichen Mittel wurden dem ausserordentlichen Reservefond entnommen, der sich in der Bilanz von 6 Millionen Mark auf 1,23 Millionen Mark vermindert. Weiter hat die Preussag eine Reihe von Betrieben durchzuschleppen. "Rein wirtschaftlich gesehen" müssten diese Betriebe, wie der Bericht der Preussag betont, schon lange stillgelegt sein. Ein Privatkapitalist hätte diese Betriebe auch schon lange stillgelegt. Die Preussag hat davon aus sozialpolitischen Gründen abgesehen. Wohl ist es gelungen, den Verlust der Zuschussbetriebe von 6,286 Millionen Mark im Jahre 1929 und 4,78 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 4,09 Millionen Mark im Jahre 1931 zu verringern. Immerhin hat der Ertrag der ameren Werke aber im verflossenen Jahr eine erhebliche Einbusse erlitten, was den Verlust bei den Zuschussbetrieben stärker in Erscheinung treten lässt. So ist der Bruttoüberschuss von 17,258 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 10,401 Millionen Mark gesunken. Ohne diese Zuschussbetriebe wurde die Ertragsrechnung der Preussag für das Jahr 1931 einen Gewinn von 3,269 Millionen Mark ausweisen statt eines Verlustes in Höhe von 825 000 Mark, obwohl der Gesamtumsatz der Preussag von 122,78 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 97,01 Millionen Mark im Jahre 1931 zurückgegangen ist.

In erster Linie handelt es sich bei den Zuschussbetrieben um die Betriebe im Harz und um die Bernsteinbetriebe in Ostpreussen. Dass die preussische Regierung ein Interesse daran hat, diese Betriebe nicht stilllegen zu lassen und die Arbeitslosigkeit zu vergrössern, braucht nicht gesagt zu werden. Die Preussag will aber, was sich vom Standpunkt ihrer Bilanz und ihrer Ertragsrechnung wohl begreifen lässt, von der Belastung aus dieser Politik frei werden. Sie fordert, dass Preussen, das die Betriebe halten will und hält, auch die Kosten übernimmt. Wir sind der Meinung, dass es gerade in Ostpreussen, wo die industriellen Arbeitsgelegenheiten an sich knapp sind, und im Harz, wo eine tüchtige Bevölkerung einer dauernden Arbeitslosigkeit preisgegeben werden müsste, nicht zu Stilllegungen kommen darf. Es muss hier eine Verständigung

zwischen Preussen und der Preussag gefunden werden, die unserer Auffassung nach, auch zu finden ist.

Zu dem Thema staatlicher Betrieb selbst ist zu bemerken, dass die Widerstandsfähigkeit der Preussag und die Flüssigkeit der Bilanz der Preussag wirklich nicht auf Steuerprivilegien beruhen, wie so oft behauptet wird. Die Preussag zahlt alle Steuern, mit Ausnahme der Vermögenssteuer. Bei einer Steuerleistung der Preussag im Jahre 1931 in Höhe von 3,7 Millionen Mark fällt die Vermögenssteuer im Betrage von 400 000 bis 450 000 Mark, die die Preussag als Privatbetrieb zahlen müsste, kaum ins Gewicht. Die Erleichterung hinsichtlich der Vermögenssteuer wird um ein Vielfaches durch die soziale Belastung der oben erwähnten Zuschussbetriebe aufgewogen, die eben der Privatkapitalismus in diesem Umfange nicht kennt.

Das Ausbauprogramm der Preussag ist im Jahre 1931 abgeschlossen worden. Im vorigen Jahr wurden noch für Neuanlagen 10,361 Millionen Mark ausgegeben, in der Hauptsache für die Werke Hindenburg, Ibbenbüren (neuer Schacht), Bleicherode und die Bauverwaltung. Insgesamt hat die Preussag, die nach dem Krieg und in der Inflation runtergewirtschaftet war, seit 1924 nicht weniger als 107 Millionen Mark für ihren Ausbau verwendet. Darüber hinaus sind 3 Millionen Mark als weitere Investitionen zu betrachten, um die sich die Bankschulden erhöht haben. Es handelt sich um Aufwendungen für die Anpachtung wertvoller Kohlenfelder in Oberschlesien, die seinerzeit durch die oberschlesische Grenzziehung an Polen verloren gingen und die für den preussischen Bergbau in Oberschlesien (Hindenburg) von Bedeutung sind. Der Pachtvertrag läuft 40 Jahre.

Auf dem Erdölgebiet, wo die Aufwendungen der Preussag unmittelbar vom preussischen Staat getragen werden, hat die Deurag (Deutsche Erdölraffinerie) den Betrieb der Raffinerie Misburg in den letzten Tagen aufgenommen. Die preussische Erdölförderung stellt sich gegenwärtig auf 30 bis 35 000 Tonnen pro Jahr.

Bemerkenswert ist ferner der Hinweis auf die Beteiligung der Preussag an der Gewerkschaft Waldecker Eisenberg, Corbach, durch die Aufschluss über die Möglichkeiten einer Wiederherstellung des hessischen Goldbergbaues erzielt und gegebenenfalls eine Beteiligung an der Ausbeutung dieses Unternehmens erreicht werden soll. Die Preussag glaubte sich, mit Rücksicht auf ihren Aufgabenkreis als staatlicher Bergbaubetrieb, einer Interessennahme an diesem, für die deutsche Volkswirtschaft besonders wichtigen Unternehmen nicht versagen zu dürfen, um so weniger, als ein grösseres Risiko bei der Beteiligung in dem vorgesehenen Rahmen zunächst nicht in Betracht kommt.

Die Belegschaftszahl senkte sich von 28 357 im Jahre 1930 auf 24 657 Ende 1931. Die Zahl der Beamten und Angestellten ging in der Zeit von 2 209 auf 2 079 zurück. In dem Abgang sind 1 000 Arbeiter und Angestellte der oberschlesischen Hüttenwerke Gleiwitz-Malapane eingeschlossen, die an die Oberschlesische Hüttenwerke A.G. übergegangen sind. Immerhin verbleibt noch ein Rückgang der Belegschaften von 2 700 Mann. Die Lohnsumme verringerte sich von 67,593 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 53,702 Millionen Mark im Jahre 1931. Bei diesem Rückgang spielen natürlich die eingelegten Feierschichten eine Rolle. Der prozentuale Anteil der Löhne und Gehälter am erzielten Umsatz betrug 1931 = 53,4 Prozent, 1930 = 52,9 Prozent und 1929 = 49,4 Prozent. Der Beschäftigungsrückgang ist also auf keinen Fall durch Lohnreduktion einzuholen. Die Zahl der tödlichen Unfälle ging von 26 auf 20 zurück. Auf 1 000 Beschäftigte entfallen damit 0,99 tödliche Unfälle gegenüber 1,02 im Jahre vorher.

SPD. Dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, der in Berlin tagte, lag eine Uebersicht über die Entwicklung der Finanzlage bei der Reichsbahn vor, nach der die Einnahmen im Januar und Februar 1932 noch weit hinter den bisherigen sehr ungünstigen Annahmen zurückgeblieben sind. Im

Personenverkehr wurden 19,6 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 1931 und 24,5 Prozent weniger als im Jahre 1929 verzeichnet. Noch viel mehr litt der Güterverkehr, bei dem der Rückgang der Einnahmen gegen 1930 über 30 % und gegen 1929 beinahe 50 Prozent ausmachte. Das finanzielle Ergebnis des Monats März lässt sich, hauptsächlich des Osterfestes wegen, noch nicht übersehen.

In diesem Zusammenhang bemerkt die Reichsbahngesellschaft, dass die der Wirtschaft seit dem Herbst 1931 gewährten Tarifermäßigungen von über 400 Millionen Mark sich bisher noch nicht verkehrsfördernd ausgewirkt hätten. Man muss über diese Feststellung staunen. Die Erleichterung hätte sicherlich verkehrsfördernd gewirkt, wenn sie rechtzeitig in Kraft gesetzt worden wäre. Damals, als es Zeit dazu war, hat die Reichsbahngesellschaft Widerstand geleistet. Jetzt ist sie so naiv und verlangt in der Zeit der fürchterlichsten Wirtschaftskrise Wunderwirkungen, die es eben nicht geben kann.

Der Generaldirektor Dorpmüller, der sich seit 1926 im Amt befindet, wurde vom Verwaltungsrat einstimmig auf weitere drei Jahre zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft gewählt.

SPD. Unter grossem Andrang fanden am Mittwoch in Berlin die Generalversammlungen der Danatbank und der Deutschen Bank-Diskontogesellschaft statt.

Die Generalversammlung der Danatbank war, wie ein Aktionär mit Recht bemerkte, eine Testamentssitzung. Das Institut, das seit 80 Jahren besteht, verschwindet durch die Fusion mit der Dresdner aus der Bankwelt. In seiner Abschiedsrede führte der bisherige Leiter der Danatbank, Jakob Goldschmidt, aus, dass der Bankenzusammenbruch im Juli vorigen Jahres keine Einzelercheinung gewesen sei und dass die deutsche Bankwelt als Ganzes um ihre Existenz kämpfen müsste. Die Verwaltung der Danatbank werde Gelegenheit nehmen, die Zusammenhänge der Katastrophe vom Juli 1931 in der Öffentlichkeit klarzustellen. Die Reichsregierung habe mit grossem Mut, sowohl im Sommer 1931 als auch später, die Hilfsaktion für das Bankgewebe eingeleitet. Hinsichtlich der Affäre Nordwolle erklärte Goldschmidt, dass die Danatbank hier einem System von betrügerischen Manövern zum Opfer gefallen sei. So wird das Geschwätz, der "Marxismus" habe den Ruin von Betrieben wider Nordwolle verschuldet, von einem Mann beurteilt, der zu den Eingeweihten gehört, und den man die Fachkenntnis nicht absprechen kann.

Auf der Generalversammlung der Deutschen Bank-Diskonto führte Generaldirektor Wassermann hinsichtlich des Kapitalschnitts, der von den Aktionären Opfer verlangt, aus, dass die Banken bei den enormen Geldabzügen der ausländischen und der inländischen Kundschaft den ersten Stoss ausgesetzt gewesen wären und dass die Banken weiter als Kugelfang für die Verluste der Industrie hätten dienen müssen. Die Julikrise sei schlimm gewesen, aber es wäre schlimmer gekommen, wenn man damals mit unzulänglichen Mitteln versucht hätte, die Liquidität der deutschen Banken zu übertünchen. Zu der herrschenden Vertrauenskrise bemerkte Wassermann, dass die Bevölkerung jedes Vertrauen zur Wirtschaft und zu ihrer Führung verloren habe. Jede Aktiengesellschaft und ihre Direktoren gelten als Verbrecher und das Wort Wirtschaftsführer habe einen üblen Beigeschmack erhalten. Man müsse künftig eine sorgsame Personalauslese treiben und zwar nicht nur hinsichtlich der Fähigkeiten, sondern auch in Richtung der Charakterstärke und der Vertrauenswürdigkeit.

Auf beiden Versammlungen sprach der Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Bankangestellten, Marx. Unter Hinweis auf die skandalösen Vorfälle in der Ilsegeneralversammlung am Dienstag, in der Reich und eine Reichsgesellschaft von einem Bankdirektor, dessen Bank (Commerz- und Privatbank) vor kurzem noch mit Reichsmillionen saniert worden ist, schwer brüskiert wurden,

forderte Marx, dass sich die Reichsregierung derartige Provokationen nicht mehr gefallen lassen sollte. In der Versammlung der Deutschen Bank-Diskonto verwies Marx darauf, dass sich im letzten Jahr die Belegschaft von 20 051 Köpfen auf 18 541 Köpfe verringert habe. Die Tarifgehälter wären bereits im Jahre 1931 um 6 Prozent gesenkt worden; im Januar 1932 erfolgte ein neuer Abbau um 12 Prozent. Darüber hinaus hätte man die übertariflichen Zulagen scharf gedrosselt. Die durch nichts gerechtfertigten Massnahmen müssten die Bankleitungen zurücknehmen. Es sei heute für die Mehrzahl der Bankangestellten in den niedrigen Tarifklassen unmöglich, mit ihren schlechten Gehältern auch nur die dringendsten Lebensbedürfnisse zu decken. Die Katastrophe im Sommer 1931 hätte vermieden werden können, wenn unter den deutschen Grossbanken Solidarität statt Konkurrenzneid geherrscht hätte.

 Kleines Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 23. März.)

SPD. Die feste Stimmung im Weizengeschäft an der Berliner Erzeugnissebörse hielt auch am Mittwoch an. Das Angebot war sehr klein und stiess auf Nachfrage durch die Mühlen, sodass um etwa 2 Mark höhere Preise für prompte Ware bezahlt wurden. Auch im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft machten sich Preissteigerungen von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark bemerkbar. Roggen hatte demgegenüber ruhige Stimmung. Der nicht allzugrosse Bedarf der Mühlen konnte in russischem Roggen gedeckt werden, sodass trotz des minimalen Angebots an Inlandware die Preise für prompte und für Lieferungsware unverändert blieben. Mehl hatte ruhiges Geschäft. Grössere Nachfrage nach Weizenmehl macht sich noch immer nicht bemerkbar. Auch Roggenmehl hatte nur geringes Konsumgeschäft und unveränderte Forderungen. Hafer hatte stetige Tendenz. Die Kauflust war etwas stärker, während das Angebot nur gering blieb. Infolgedessen konnten sich hier die Preise leicht befestigen.

	<u>22. März</u>	<u>23. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 248	248 - 250
Roggen	194 - 196	194 - 196
Braugerste	182 - 189	183 - 190
Futter- und Industrieroggen	169 - 177	170 - 179
Hafer	156 - 163	157 - 164
Weizenmehl	30,75 - 34,25	30,75 - 34,40
Roggenmehl	26,75 - 27,90	26,75 - 27,90
Weizenkleie	10,80 - 11,10	10,80 - 11,10
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $261\frac{1}{2}$ (Vortag 260), Mai $267-266\frac{1}{4}$ ($265\frac{1}{2}$), Juli $271\frac{1}{2}-271$ (270), September 232 plus Brief (232). Roggen März $196\frac{1}{2}$ plus Brief ($196\frac{3}{4}$), Mai $199\frac{1}{2}$ ($199\frac{1}{2}$), Juli 202 plus Geld (-), September $189\frac{1}{2}$ ($189\frac{1}{2}$), Hafer März - ($172\frac{1}{2}$), Mai $176-175\frac{1}{2}$ Brief ($175\frac{1}{2}$), Juli $180\frac{1}{2}-179\frac{1}{2}$ ($179\frac{1}{4}$).

 SPD. Der Reichsrat stimmte am Mittwoch einer Verordnung zu, wonach das Maismonopolgesetz um zwei Jahre verlängert wird.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 23. März 1932.

Ich bin Paul gefällig....^

SPD. Der Sohn meiner Portierfrau hat literarische Interessen, d.h. er liest die Unterhaltungsbeilage. "Sie haben heute wieder eine Geschichte in der Zeitung!" sagt er manchmal zu mir, wenn ich Morgens an der Portierloge vorüberkomme. (Die Portierloge weiss es früher als ich.)

Eines Tages hielt er mir freudestrahlend ein paar Bogen Papier entgegen. "Ich habe auch eine Geschichte geschrieben. Wollen Sie sie mal lesen?"

"Ich habe leider keine Zeit!" antwortete ich schnell.

"Aber Abends, ja? Darf ich zu Ihnen raufkommen?"

Abends las ich seine Geschichte. Der Junge fieberte nach meinem Urteil. "Es ist noch nicht das Rechte!" erklärte ich ihm. Dann klopfte ich ihm auf die Schulter. "Vielleicht später! Sie sind ja noch jung!"

Am nächsten Morgen begrüßte mich die Portierfrau lebhafter als sonst. Der Sohn musste von seinem Besuch erzählt haben. "Glauben Sie, dass mein Junge Talent hat? Er sitzt die halben Nächte auf und schreibt allerhand Zeug zusammen. Der Junge hat grosse Rosinen im Kopfe. Wer soll denn das viele Licht bezahlen? Was gibt es denn für so eine Geschichte wie die neulich von Ihnen?"

"Achtzig Mark!" sagte ich, leicht errötend, denn ich hatte in Wirklichkeit nur vierzig erhalten....

In letzter Zeit konnte ich nicht mehr an der Portierloge vorübergehen, ohne eine neue Geschichte von Paul in Empfang nehmen zu müssen. Meine Urteile wurden demgemäss immer aufrichtiger, schärfer, bissiger.

"Das ist nichts. Sie haben zu wenig Phantasie!" sagte ich.

"Das ist noch viel weniger als nichts!" sagte ich einen Tag später.

"Das ist direkt Mist!" sagte ich heute früh.

Abends kam er geknickt zu mir. "Hast es wirklich keinen Zweck?" fragte er mich bebend und war dabei, ein neues Manuskript aus der Tasche zu ziehen. "Lassen Sie stecken!" rief ich erschrocken. "Schade um die Zeit! Gehen Sie lieber Fussball spielen! Oder werden Sie Zeitungsfahrer! Vielleicht werden Sie mal Sieger im Sechstagerennen. Dann verdienen Sie mehr als ich mit meinen Geschichten."

"Aber ich möchte doch so gern mal in der Zeitung drin sein," klagte er. "Auch Hanna, was meine Freundin ist, möchte es so gern. Können Sie nicht mal..?" Er stockte. "Was denn?" ermunterte ich ihn. "Na, für Ihren Namen meinen setzen, Paul Garbe. Das klingt doch auch ganz gut."

"Hm. Natürlich. Das könnte man. Das wäre dann sozusagen ein Pseudonym."

"Was für'n Ding?"

"Ein Pseudonym!"

"Natürlich!"

"Natürlich!"

"Also wollen Sie mir den Gefallen tun?"

"Gern, wenn Ihnen so viel daran liegt...."

Meine nächste Geschichte erschien unter dem Namen Paul Garbe. "Ein Pseudonym", erklärte ich dem Redakteur.

Als ich Morgens an der Portierloge vorbeikam, sah mir ein glücklich lächelndes Gesicht entgegen: Paul Garbe! "Die Geschichte ist drin!" flüsterte er. "Mit meinem Namen." Mir fiel ein Stein vom Herzen. Ich brauchte dringend

das Honorar. "Wunderschön!" flüsterte Paul durch die Luke. "Hanna wird Augen machen. Alle werden Augen machen. Mutter erst. Sie schläft noch von der Heilung. Am liebsten möchte ich sie aufwecken. Ich habe die Geschichte schon dreimal gelesen. Von Paul Garbe! Wie das klingt! Erzählung von Paul Garbe. Nachdruck verboten. Schön!" Er erschauerte vor Rührung.

"Was sagen Sie nun?" sprach mich am Nachmittag die Portierfrau an. Sie hielt das Zeitungsblatt in der Hand. "Haben Sie schon gelesen? Mein Junge hat eine Geschichte in der Zeitung. In dem Jungen steckt was! Wie oft habe ich geschimpft, wenn er Nachts so lange Licht brannte. Ich nehme alles zurück. Mein Junge" - Aufgeregt lief sie zur Nachbarin.

Das Glück währte einen Tag. Am nächsten Morgen sass Paul blass und niedergeschlagen in der Loge. Er winkte mir verzweifelt. "Ach, du lieber Gott," stotterte er, "wir haben ja ganz vergessen - Mutter hat nach dem Gelde gefragt, das es für so'ne Geschichte gibt. Achtzig Mark will sie haben."

Ich erschrak furchtbar. Paul sprach klagend weiter: "Sie denkt, ich hab's schon bekommen. Ich hab's für Jux ausgegeben, denkt sie. Oder für Hanna. Wir waren gestern aus. Zur Feier des Tages. Zwei Mark fünfzig hab' ich ausgegeben.

In diesem Augenblicke hörten wir aus dem Nebenzimmer die scheltende Stimme der Mutter. "Auf wen schimpft sie denn?" fragte ich ahnungsvoll. "Auf mich!" gestand Paul. "Es wird heut' noch Prügel geben."

"Mein Lieber, da ist es doch besser, wir klären die Sache auf.."

Er schüttelte trotzig den Kopf und biss die Lippen zusammen. Wie ein Märtyrer sah er aus, der für eine gute Sache leidet. "Lieber will ich die Prügel einstecken," sagte er leise.

Die scheltende Stimme wurde noch lauter. "Achtzig Mark!" hörten wir bekloffen. "Achtzig Mark! So ein Lump! So ein Halunke! Ein Ludewig! Ein schönes Früchtchen! Ich schlag' ihn halb tot. Achtzig Mark!"

"Fatal!" dachte ich. "Es ist die höchste Zeit, dass ich mich entferne."

Paul wandte mir noch einmal sein blasses Gesicht zu.

"Eigentlich müsste ich ihm für vierzig Mark Prügel abnehmen", fiel mir ein. "Wozu habe ich gelogen?"

"Paul! Paul! Kommst du sofort hierher! Paul!" schrie die Frau.

"Soll ich nicht doch lieber..." fragte ich besorgt.

"Nein, sagte er entschlossen. "Hanna hat sich so über die Geschichte gefreut." Dann verschwand er im anderen Zimmer.

Als er bald darauf herauskam, waren seine Wangen knallrot. Aber er lächelte.

Seit dieser Stunde empfinde ich eine grosse Hochachtung für Paul.

K. R. Neubert.

Frühlingstag in der Stadt.^x

SPD. Es wird nämlich Frühling in der Stadt. Noch tragen die Menschen Wintermäntel, und der Wind geht rauh und kalt durch die Strassen; aber tagsüber, wenn die Sonne scheint, ist es schon frühlingshaft mild. In den Parks und Anlagen wird gegraben; schwer und schwarz liegen die Schollen im Sonnenlichte, herben, kräftigen Erdgeruch ausströmend. An einzelnen Stellen blühen Schneeglöckchen, und nach und nach beginnen auch die Bäume, sich mit Blattknospen zu bestecken - dicken, braunglänzenden, saftstrotzenden Ballen, von denen man vermutet, sie müssten jeden Augenblick mit leisem Knall auseinanderplatzen und das schimmernde, zarte Grün der jungen Blätter dem Lichte preisgeben. Noch ist es ja nicht so weit. Aber es kann nicht mehr lange dauern. Eines Nachts wird es geschehen - heimlich, verborgen, und am Morgen werden wir überrascht und demütig vor dem immer wiederkehrenden Wunder "Frühling" stehen.

Die Sonne scheint. Warm und hell. Täglich steigt sie höher. Zuerst beschien sie nur die vierte, kahle Wand des engen Hofschachtes inmitten der

Mietkaserne. Jetzt aber erreichen ihre Strahlen schon auf eine halbe Stunde die dunkle Einzimmerwohnung im zweiten Stockwerk, in der der Strassenbahnschaffner mit seiner gelähmten Frau wohnt. An diesem Morgen, bevor er zum Dienst ging, hat er zum ersten Male wieder den grossen Lehnstuhl, in dem seine Frau tagsüber sitzt, vom Ofen ans Fenster getragen. Klein und blass sitzt die Kranke nun da und wartet sehnsüchtig auf die Mittagsstunde, da sie für kurze Zeit die warmen, leuchtenden Sonnenstrahlen auf ihren hilflosen Gliedern, ihrem verkümmerten Körper, dem vergrämten Gesichte fühlen wird....

Der Tag vergeht. Die Kinder spielen auf der Strasse Frühlingsspiele. Murmeln rollen über den Bürgersteig; ein Betrunkener gleitet darüber aus und bleibt schimpfend liegen, umringt von den johlenden Kindern. Eine Schupostreife kommt des Wegs; die Beamten richten den Hingefallenen auf. Der torkelt brummend davon. Die Kinder wenden sich wieder ihrer Beschäftigung zu, treiben mit kurzen, heftigen Peitschenschlägen ihre Kreisel über den Strassendam, und die Mädchen spielen "Abschlagen" und "Himmel und Hölle"....

Nachmittags kommen die Leute von der Arbeit nach Hause. Die Sonne scheint jetzt schräg in die Strasse hinein. Die Häuser auf der gegenüberliegenden Seite werfen lange, schwarze Schatten. Nur noch kurze Zeit, dann wird die rotbrennende Scheibe hinter dem grossen Gebäude der Fabrik, das sich als klobige Silhouette vom Himmel abhebt, verschwunden sein. Es wird schon wieder kühl; aber dennoch -- Es liegt Unruhe in der Luft, etwas, das die Menschen zwingt, tiefer zu atmen, langsamer zu gehen, sich unvermittelt aufzurichten, die Arme zu recken, die Mütze vom Kopfe zu nehmen. Es ist ihnen, als müssten sie irgend etwas tun, aufs Geratewohl loslaufen, sich von etwas Bedrückendem freimachen. Für Momente steigen Erinnerungen auf: an die Jugend, an frühere Sommer, grüne Wiesen mit behaglich wiederkäuenden, rot- und schwarzgefleckten Kühen, schnaufenden Pferden, die den Pflug ziehen, von dessen blinkendem Messer fette, glänzende Schollen aufgeworfen werden. - Dann erwachen die Menschen aus dieser kurzen Träumerei, sehen sich in der grauen Strasse, lächeln verlegen und sagen leise, wie entschuldigend, vor sich hin: "Der Frühling - es wird Frühling."

Wenn es Abend wird, sind die Bänke im Park von Liebespärenchen besetzt. Vom Schwanenteich weht es kühl herüber. Sie frösteln und rücken dicht zusammen. Die Lichtpunkte der Zigaretten leuchten durch das Dunkel. Manchmal fliegt ein fortgeworfener Rest wie ein kleiner Komet im Bogen durch die Luft, um dann am feuchten Boden zu verlöschen. Halbblaute Gespräche werden geführt. Man redet über die Arbeit, wie lange es wohl noch gehen mag, oder von der Hoffnung, bald wieder Arbeit zu bekommen. Die Mädchen erzählen von der Fabrik, vom Büro: kleine Klatschgeschichten vom Neide der Kolleginnen, von der schlechten Laune des Chefs, der drohenden Gehaltskürzung. Ihre Gefährten antworten mit tiefer, gedämpfter Stimme, fühlen sich als Rater, Beschützer, reden sachlich, geben gute Ratschläge -- dann, plötzlich, bricht die bisher geführte Unterhaltung ab, gerät ins Stocken - zum Schlusse reden sie weiter, aber so leise, dass es die anderen am entgegengesetzten Ende der Bank nicht mehr verstehen können: die alten und immer wieder neuen Versprechen, Hoffnungen, Zukunftsträume, Forderungen, Schwüre; die so schnell verwehen und vergehen, so bald vom Leben zerstört werden, die so alt sind und doch in jedem Frühling wieder neu....

Der Frühling! - Später gehen die Pärchen untergefasst langsam nach Hause. Der Mond ist von Wolken verdeckt, die eilig einem fernen, unbekanntem Ziele zustreben. An der Strassenecke halten Autodroschken. Die Schofföre, missmutig ob des langen Wartens, stehen zusammen und schimpfen.

Aus einem Haustor kommen zwei Frauen mit verdeckten Handkörben. Es ist eine Witwe mit ihrer Tochter. Sie sind beide seit langem arbeitslos und verdienen sich ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf von Blumen in Nachtlokaler. In seltenen, guten Nächten werden sie alle Sträusse los. Öfter jedoch kommt es vor, dass sie wenig oder gar nichts verkaufen und froh sein müssen, wenn sich die Blumen bis zum nächsten Abend halten.

Nach und nach wird es ruhig auf der Strasse. Ein Mann im grauen, fleckigen Kittel klebt bunte Plakate an die Anschlagssäule. Vier Pinselstriche -:

ein roter Zettel der Polizei: "Mord - 1000 Mark Belohnung!" - vier weitere Pinselfrichen - : "Jeden Abend grosses Frühlingsfest im Ballhaus!" - Pinsel -: "Stadttheater: "Egmont" - Pinsel -: "Zum Grossreinemachen Ata-Seifen!" - Pinsel -: "Kristall-Palast, Lilian Harvey, Willy Fritsch in "Der Kongress tanzt!" - - -

Immer stiller wird es. Nur noch vereinzelt Autohupen, seltenes Klingeln der Strassenbahn sind zu hören. Es schlägt zwei Uhr. Der Wind hat sich gelegt. Die Luft ist mild und feucht. Dick und braun, saftgeschwellt sitzen die Blattknospen an den Zweigen der Bäume, als wenn sie jeden Augenblick mit leisem Knall auseinanderplatzen wollten. - -

Walter Schirmeier.

Marderjagd.^x

SPD. Es war mitten im Winter. Der Schnee lag fast kniehoch, hatte aber schon länger gelegen, sodass die Wildspuren nur noch schlecht zu erkennen waren. Schon vor drei Tagen hatte ich die Spur eines starken Steinmarders am Waldrande entdeckt. Unermüdlich verfolgte ich die Fährte auf meinen Schneeschuhen. Kreuz und quer ging sie durch die Felder, über Berge und Hügel, durch dichte Feldgehölze, durch Steinbrüche und Kiesgruben - aber das Versteck des Marders war nicht zu entdecken. Alle Mühe schien umsonst. Missmutig brach ich am vierten Tage die Verfolgung ab. Auf dem Heimwege kreuzte ich die Kreischaussee und traf dort den alten Strassenwärter Schrader. "Gaud'n Dag ooch, Junge, dat geht jo man schwinde opp den Dingern. Wull Du nich 'ne Marte scheiten? Bi uns sitt eine in de Schüne!"

"Menschenskind, Schrader, die such' ich schon drei Tage lang und kann sie nicht finden; na, denn man los!"

Schrader konnte noch nicht nach Hause mitkommen; so machte ich mich schnell allein auf den Weg und war in einer knappen halben Stunde auf seinem kleinen Gehöft, das einsam an der Landstrasse lag. Seine Frau zeigte mir, wo sie den Marder vor einigen Tagen Abends beim Mondschein über das Dach hatte springen sehen. Ich beschloss, mich an diesem Abend dort anzusetzen. Da es noch Zeit war, wärmte ich mich erst einmal hinterm Ofen auf, futterte meine letzte Stulle aus dem Rucksack und liess mir den dünnen Kaffee schmecken. Inzwischen hatte der Alte Feierabend gemacht, und für mich war es Zeit für den Anstand. Ich bekam einen bequemen Sessel und genügend Decken, suchte mir einen windgeschützten Platz an der Hausecke und harrete der Dinge, die da kommen sollten. Zuerst kam eine ganze Zeitlang garnichts. Dann sah ich mitten auf dem Dunghaufen plötzlich einen hellen Fleck. War es der Marder? Der halbe Mond stand gerade hinter den Wolken. Das ungewisse Etwas kam langsam näher. Krampfhaft fasste ich meine Flinte - es war bloss eine armselige Ratte. Langsam verrann die Zeit. Nichts war zu sehen. Es schlug halb sechs. Die tiefe Stille schläferete ein. In Gedanken hatte ich meinen Marder schon auf den Knien und streichelte seinen prächtig seidenweichen, braunen Balg.

Plötzlich hörte ich etwas rechts hinter mir in einem schmalen Gange, der zum Garten führte. Ganz, ganz langsam drehte ich meinen Kopf herum - wahrhaftig, da sass ja vier Schritt von mir entfernt der Marder im Schnee! Aber er musste schon etwas gemerkt haben. Es schien, als wollte er jeden Augenblick nach rückwärts verschwinden. Regungslos blieb ich sitzen und schielte zum Marder hin, bis mir die Augen schmerzten. So nah und doch so fern! Auf einmal sprang der Marder herum, huschte den Gang entlang und sauste in der Zaunecke hoch - da riss ihn mein schneller Schnappschuss herunter in die dichten Fliederbüsche. Steifbeinig vom langen Sitzen stand ich auf. Der alte Schrader kam herausgestürzt: "Wo ligt hei denn?" - "Da hinten in der Ecke".

rief ich ihm freudestrahlend entgegen. Flink wie ein Wiesel, so schnell, wie ich es dem Alten nie zugetraut hatte, kroch er in die Büsche und zog meinen Marder an der Rute heraus."No aber, dat is jo unse Katt! Mutter, Mutter, kumm mal schnell her! Wahrhaftig, gucke doch, dat is wirklich und wahrhaftig unse Katt!"

Ich weiss nicht mehr, wie es kam, dass ich so schnell verschwunden war. Der alte Schrader aber grüsste mich lange Zeit nach diesem Vorfall nicht mehr.
Stadtförster H. Borchert (Bad Sachsa).

Murillo.X

(Zu seinem 250.Todestag am 3.April.)

SPD. Dass die spanische Kunst später zur Entfaltung ihrer höchsten Blüte gelangt ist als die italienische, lässt sich leicht aus der Wirtschaftsgeschichte erklären. Mit den grossen Handelsstädten und Bürgerrepubliken Florenz, Genua, Venedig geht es, seitdem die Türken den Mittelmeerhandel lahmgelegt haben - also seit der Mitte des 15.Jahrhunderts -, mehr und mehr bergab. Die Volkskraft ist erschöpft, und schon bei den vielbewunderten Renaissancekünstlern Leonardo, Raffael und Michelangelo ist jene heitere Selbstverständlichkeit und Sicherheit, die die goldene Zeit der Malerei auszeichnete, im Schwinden. Man wird immer wieder feststellen können, dass die Kunst eines Volkes sich am Abgrund noch einmal zu Höchstleistungen aufschwingt.

Spaniens grosse Zeit war mit der Entdeckung Amerikas angebrochen. Philipp II., der sich nicht nur für büssende Heilige, sondern auch für nackte Liebesgöttinnen interessierte, liess den alten Tizian in Venedig für sich arbeiten und berief italienische Meister in sein Reich. Bis zum Beginn des 17.Jahrhunderts war es noch selbstverständlich, dass ein spanischer Maler in Italien studierte: Ribera, der erste Grossmeister, den die spanische Kunstgeschichte aufzuweisen hat, hielt sich in Neapel auf, das freilich damals eine spanische Kolonie war, und der Grieche Theotokopuli, bekannt unter dem Namen "GRECO", kam auf dem Umweg über Venedig nach Toledo. Schon in diesen beiden Meistern verraten sich die Charakterzüge der spanischen Malerei: mystische Weltabgewandtheit unter höfisch-kirchlichem Einfluss, und, als ein Ventil sozusagen gegen eine Ueberhitzung mit Weltentsagung und Weihrauch, ein derber, unmittelbarer, bürgerlich gesunder Realismus, der "mit festen markigen Knochen auf der wohlgegründeten Erde steht".

Man hat diesen Realismus in der Barockkunst immer übersehen. In Holland als einer bürgerlichen Republik ist er selbstverständlich; in den despotisch regierten Ländern Italien, Frankreich und vor allem Spanien darf er sich nur schüchtern und verstohlen hervorwagen. Aber unterdrücken lässt er sich doch nicht. Die Maler helfen sich dadurch, dass sie ihre volkstümlichen Typen als Modelle für mythologische und kirchliche Gegenstände einschmuggeln. Der christliche Himmel, in dem es zur Zeit der Hochrenaissance noch sehr vornehm hergegangen war, wird im 17.Jahrhundert geradezu proletarisiert. Die Madonna ist keine Dame der Gesellschaft mehr, sondern eine Handwerker- oder Bauernfrau. Ribera malt mit Vorliebe alte und gebrechliche Leute.

Das wird auch dann nicht viel anders, als sich die spanische Malerei selbstständig macht und nun ihrerseits die italienische weit hinter sich zurücklässt. Mögen Greco und Zurbaran immer ihre verzückten Mönche malen, die mehr im Himmel als auf der Erde leben: der Hofmaler und Hofmarschall Diego de Velasquez ist ein Weltkind. Geistliche Stoffe liegen ihm schon gar nicht, und wenn er den Hof Philipps IV. porträtiert, lässt er sich nie zu charakterloser Schmeichelei verführen, sondern gibt die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit dieser degenerierten Habsburger preis. Und die Heidengötter Merkur und Bacchus, die

dr die feinen Leute die Volksheligen ersetzen, versetzt Velasquez mitten unter russgeschwärzte Arbeiter und weinselige Bauernburschen. Ja, er malt, ganz ohne kirchlichen oder mythologischen Vorwand, die Teppichwirkerinnen der Madrider königlichen Manufaktur und schafft damit das früheste Fabrikbild der Welt.

Die spanische Malerei ist also gar nicht so zeremoniell und weihrauchduftend, wie man sie immer hinstellt. Aber Murillo, wird man einwenden, ist doch durch und durch Heiligenmaler, und gerade er ist der Repräsentant der spanischen Barockmalerei? Selbst bei ihm sind Einschränkungen zu machen. Bartolomé Esteban Murillo ist Andalusier wie Velasquez! beide sind in Sevilla geboren. Neunzehn Jahre jünger als Velasquez, ist Murillo einige Jahre in der Hauptstadt gewesen und dort von Velasquez gefördert worden. Er hat Tizian, Rubens und Van Dyck studiert. Aber er ist kein Weltmann und kein Hofmaler geworden. Es zog ihn wieder nach Sevilla zurück, das er dann nicht mehr verlassen hat. Nicht einmal die übliche italienische Kunstreise hat er sich gegönnt. Er hat ein stilles, beschauliches, echt provinzielles Leben geführt, hat 1660 eine Kunstakademie gegründet und ist ihr erster Direktor geworden. Er arbeitete hauptsächlich für Kirchen und Klöster und hatte damit ein schönes Auskommen. Es gibt keine Kämpfe und Konflikte in seinem Leben - ebenso wenig in seiner Kunst. Nur ganz zuletzt ist eine Katastrophe zu verzeichnen: als er, 64 Jahre alt, in der Kapuzinerkirche in Cadiz an dem Hochaltarbild malte, erfasste ihn ein Schwindel. Er stürzte vom Gerüst, wurde mit schweren inneren Verletzungen aufgehoben und starb daran am 3. April 1682.

In München lernt man Murillo von seiner lebenswürdigsten Seite kennen. Da hängen fünf Bilder aus dem Volksleben: Bettelbuben beim Spiel, wie sie Melonen und Weintrauben essen oder sich von der Grossmutter die Läuse absuchen lassen. Auf einem anderen Bilde, das nach England gekommen ist, fängt so ein kleiner, schmutziger, zerlumpter Bengel einen Floh. Man kann das nicht "Elendsmalerei" im modernen Sinne nennen - denn das kleine Volk befindet sich offenbar ganz wohl in seinen dreckigen Lumpen. Aber es ist immerhin schon ein Fortschritt, dass sich ein Maler, und zwar ein grosser und berühmter Maler, zum Lumpenproletariat der Gasse als zu Modellen niederbückt, die seines Pinsels würdig sind. Diese schmutzigen andalusischen Burschen sind sehr viel erfreulicher als die Prinzen und Prinzessinnen des Velasquez. Und ebenso findet man, wenn man sich durch den kirchlichen Gegenstand nicht abschrecken lässt, auf Murillos Heiligenbildern eine Fülle reizvoller Züge aus dem kleinbürgerlichen Leben: eine Madonna aus einem Kramladen oder einer Werkstatt, die ihren kleinen Jesus aus den Windeln wickelt, eine "Engelküche", in der sich, während der heilige Diego eben einmal gen Himmel fährt, seine geflügelten Bedienten nützlich machen. Immer wieder zieht den Meister, der zu den grössten Koloristen seiner Zeit gehört, das Weiblich-Mütterliche und das Kindliche in seinen Bann, und aus der Verbundenheit mit dem heimischen Volkstum zieht er seine besten Kräfte. Seine Madonnen und Jesuskinder sind deshalb lebendig geblieben, weil sie spanische und arme Madonnen und Jesuskinder sind.....

Hermann Hieber.

Eine Frage, bitte!

SPD. Mit welchem Recht eigentlich beklagen Sie sich, Herr geruhssamer Bürger, über den Wandel der Zeiten und Ihre minder geruhssame Lebenslage von heute? Denken Sie mal ein bisschen nach, so scharf Sie können! Was haben Sie dazu getan, dass es hätte anders sein können? Ich meine, damals, als Sie noch die Regierung hatten, die Sie für die alleinseligmachende halten! Bitte?

Nichts haben Sie getan. Sie waren ihr einfach blind ergeben. Sie standen stramm wie ein Bleisoldat. Immer die Finger an der, wenn auch unsichtbaren,

Hosennaht, sangen Sie auf Kommando "Heil dir im Siegerkranz" und "Es braust ein Ruf wie Donnerhall" und schrien Hurra! Und fühlten sich als - den allein echten Patrioten. Ihr Untertanenherz bibberte vor Stolz, wenn S.M. mal wieder eine seiner schnoddrigen Maulkanonaden hinausgepfeffert hatte, die uns so beliebt in der Welt machten. Sie knieschlotterten vor dem Gottesgnadenwahnsinn und glaubten, ganz wie Ihr grossschnäuziger Monarch, jeden Sozialdemokraten als einen "vaterlandslosen Gesellen" masslos verachten zu dürfen. Sie bewegten sich als der staaterhaltende Mittelstand in den Parteibezirken der "besseren Leute" im Schatten der Titanen: der Aristokratie, der Pfaffen, Offiziere, Brautjunker, der höheren Beamten und der Grosskapitalisten! So erlebten Sie alle die glanzvollen Jahre des Friedens und danach die "Grosse Zeit" Luder dorffs!

Und im übrigen schliefen Sie, Herr Bürger, den tiefen Schlaf der geistig Unbeschwerten und wurden feist und wohlhabend dabei. Und es herrschte Ordnung im Staate. Im Frieden und auch später im Kriege. Besonders im Kriege. Die bürgerliche Presse, die Kirche, die Proleten im Schützengraben, die unabkömmlich Reklamierten, das Grosse Hauptquartier - kurz, das "Volk" stand unerschütterlich wie ein Klumpen Rindvieh auf der Mordweide des Kapitalismus. Es klappte!

Na, also! meinen Sie. Einen Augenblick mein Bester! Vergessen Sie, bitte, nicht, dass, während Sie schliefen, vier Jahre lang Krieg war: Krieg, an dem Sie heute noch, Herr Bürger, ausser den Verlusten an Söhnen, Schwiegersöhnen (Sie selbst könnte ich ja nicht mehr ansprechen, wenn Sie nicht für Ihre Person so oder so "gottseidank" lebend davongekommen wären) - ich wiederhole: dass vier Jahre lang Krieg war, an dem Sie noch immer zu bezahlen haben! Denn als Sie, Herr Bürger, aus Ihrem Kyffhäuserschlaf erwacht waren, hatten die Herren Spielleiter dieses Massenmordtheaters sich bereits aus dem Staube gemacht, voran der Kaiserliche Alte im wallenden Gottesgnadentumbarte mitsamt dem "Gold" des Tisches, durch den dieser Bart gewachsen war, und das folglich (das Gold nämlich) auch die Flucht nach Holland mitmachte.

Zu eben dieser Zeit verspürten Sie, Herr Bürger, den bekannten kurzen Dolchstoss in Ihren - na, Rücken. Was war's? Die Herren Obermacher dieser verkrachten Weltkriegsbühne hatten Ihnen für Ihr gehabtes Vergnügen die - Pleite hinterlassen!

Mit welchem Rechte also beklagen Sie sich? Sie bezahlen nur die Zeche Ihrer "Grossen Zeit" - die Ihnen doch so vortrefflich gemundet: "Ritt' sehr, Ihre Rechnung, Euer Gnaden!"

Denn sonst wären Sie ja ein Zechpreller, Herr Bürger!

Karl Schneider - de Witt

SPD. Röntgenstrahlen im Dienst der Kriminalistik.^x Um einen Rechtsbrecher zu identifizieren, galt bisher als einziges untrügliches Mittel die Methode der vergleichenden Fingerabdrücke. In diesen Tagen wurde nun in Washington ein neues, von dem dortigen Arzte Poole ausgearbeitetes Verfahren der Öffentlichkeit übergeben, das die Methode der Fingerabdrücke glücklich zu ergänzen scheint. Das Verfahren beruht auf der Röntgenphotographie der Nasenbogen, deren Form - wie die Prüfung eines Materials von über 2000 Bildern ergab - niemals bei zwei Personen genau übereinstimmt, nicht einmal bei Zwillingen. Die Poole'sche Methode weist zudem noch den Vorteil auf, dass sich die Form der Nasenbogen während des ganzen Lebens nicht verändert, weder durch Altern noch durch Krankheit. Daher stellt ein zu irgendeiner Zeit des Lebens, ja, schon in der Jugend, aufgenommenes Röntgenbild der Nasenbogen ein dauerndes Mittel zur Wiedererkennung einer Person dar.